



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

der 6. Sitzung

vom Dienstag, 4. April 2006

17:01 - 19:34 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube

Genehmigt am: 15.04.06

Vorsitz:	Dr. Paul Bösch	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring	Nichtmitglied
Stimmzähler:	Rolf Amstad Erwin Sutter	SP EDU
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 47 Mitglieder	
Entschuldigt für die ganze Sitzung:	Marcel Wenger Marlies Besio Peter Neukomm	Stadtpräsident CVP SP
Entschuldigt für den Anfang der Sitzung:	Bernhard Egli	OeBS
Entschuldigt für den Schluss der Sitzung:	Alfred Zollinger SR Urs Hunziker	SVP Schul-/Heimreferent

TRAKTANDEN

1	VdSR Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates	172
2	VdSR Bereich Soziales: Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit	175
3	Interpellation Urs Tanner (SP): Schulkleidung als Chance?	182
4	Motion Thomas Hauser (FDP): Abschaffung der Kleinen Anfrage im Grossen Stadtrat	195
5	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Möglichkeiten stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sich für den Erhalt, bzw. Ausbau der Trolleybuslinien einzusetzen?	nicht behandelt
6	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	nicht behandelt

7	Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung für neue Kunst	nicht behandelt
----------	---	------------------------

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES

07.01.03	VdSR-Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
23.08.05	Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung Hallen für neue Kunst	
13.09.05	VdSR Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)	SPK
07.03.06	Interpellation Christoph Schlatter (SP): Welche Möglichkeiten stehen dem Stadtrat zur Verfügung, sich für den Erhalt bzw. den Ausbau der Trolleybuslinien einzusetzen?	
07.03.06	Interpellation Theresia Derksen (CVP): Örtliche Zusammenlegung von Verwaltungsabteilungen	
28.03.06	VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 „Merishausertal“	GPK

2006 Kleine Anfragen:

2	Käthi Tanner-Winzeler (SP)	Zuständigkeiten bei Schulhausumbauten	05.01.06
3	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Einführung von Strategiegesprächen zwischen Stadtrat und Fraktionen/Parteien	15.02.06
4	Stephan Schlatter (SVP)	Schulhaus Breite: Wie weiter?	20.01.06
5	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Vorkehrungen der Stadtverwaltung betreffend Pandemievorsorge	21.02.06
6	Mariann Keller (SP)	Zukünftiges Nutzungskonzept am Platz Schaffhausen	16.03.06

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 sowie die von der GPK mit Datum 9. März 2006 neu formulierten Anträge in der Schlussabstimmung mit **37 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 betreffend Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates.

2. Die Stadtverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 50 Abs. 1 und 2 (neu)

¹Der Stadtschulrat erfüllt als Schulbehörde die ihm vom kantonalen Recht übertragenen Aufgaben. Er besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und sechs von den Stimmberechtigten nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes gewählten Mitgliedern. Das für die Schule zuständige Mitglied des Stadtrates gehört dem Stadtschulrat als weiteres stimmberechtigtes Mitglied von Amtes wegen an.

²Wählbar als Präsidentin oder Präsident ist auch das für die Schule zuständige Stadtratsmitglied. Im Falle seiner Wahl bleibt sein Sitz als Stadtschulratsmitglied von Amtes wegen unbesetzt.

(Der bisherige Abs. 2 wird unverändert zu Abs. 3, der bisherige Abs. 3 entfällt)

3. Die Besoldung des Stadtschulrates richtet sich bis zum Inkrafttreten der Strukturreform für den Stadtschulrat weiterhin nach § 5 lit. b der Besoldungsverordnung in der Fassung gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 19. Dezember 2000.
4. Ziff. 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 10 lit. c der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

Traktandum 2 VdSR Bereich Soziales: Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 und die Anträge sowie die Beilagen 1-4 in der Schlussabstimmung **einstimmig** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 betreffend Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit im Bereich Soziales der Stadt Schaffhausen.
2. Er nimmt Kenntnis von der beabsichtigten Auflösung des Vereins „Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen tjs“ und stimmt der Übernahme der Leistungsvereinbarung durch das Sozialreferat der Stadt Schaffhausen zu.
3. Er bewilligt die Kreditübertragung der Kontonummern 3501.365.700 (Beitrag an Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen) auf das Konto 5482 (neu – Abteilung Jugendberatung), respektive Konto 5483 (neu – Abteilung Events/Information, Jugendhaus), zur Sicherstellung der laufenden Arbeiten, Projekte sowie der Personalaufwendungen inklusive Sozialleistungen im Jahre 2006.
4. Er bewilligt die Erhöhung des Soll-Stellenplans um die für den Betrieb notwendigen 380 Stellenprozente im Bereich Soziales.

Traktandum 3 Interpellation Urs Tanner (SP): Schulkleidung als Chance?

Die Interpellation wird vom Interpellanten Urs Tanner (SP) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Traktandum 4 Motion Thomas Hauser (FDP): Abschaffung der Kleinen Anfrage im Grossen Stadtrat

Die Motion wird vom Motionär Thomas Hauser (FDP) begründet, von SR Veronika Heller in Abwesenheit des Stadtpräsidenten Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion in der Schlussabstimmung mit **26 : 12 Stimmen als nicht erheblich.**

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Dr. Paul Bösch (OeBS) eröffnet die heutige **Ratssitzung Nr. 6** mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DES PRÄSIDENTEN

Neu eingegangenes Geschäft:

VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900 m² der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal" vom 28.03.06. Das Büro schlägt vor, dieses Geschäft usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zu überweisen. Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage Nr. 37/2005 von Esther Bänziger (SP): Kosten und Betriebskonzept für die Schulcomputer vom 28.03.06
- Antwort des Stadtrates auf die Kleine Anfrage Nr. 1/2006 von Rebekka Plüss (AL): KulturWerkRaum vom 04.04.06.
- Die fehlende Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2/2006, von Käthi Tanner-Winzeler, datiert vom 05.01.06, wird in ungefähr einer Woche eintreffen. Der Stadtrat entschuldigt sich für diese Verspätung.
- VdSR Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 7'900 m² der städtischen Parzelle GB Nr. 8161 "Merishausertal"

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 5 vom 21. März 2006 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsicht auf. Es werden keine Anmerkungen gemacht.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Neuregelung der Zusammensetzung des
Stadtschulrates****Rainer Schmidig (EVP)****Sprecher der GPK**

"Nachdem am 24. Januar dieses Jahres meine Motion betreffend die Zusammensetzung des Stadtschulrates überwiesen wurde, hat der Stadtrat sein Versprechen, das er in jener Sitzung abgegeben hat, in Rekordzeit eingelöst. So konnte die GPK die Vorlage zur Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates in der Sitzung vom 14. Februar 06 behandeln und sie mit einer kleinen Änderung einstimmig zuhanden des Rates verabschieden.

Über den Sinn und Zweck dieser Neuregelung haben wir schon in der Sitzung vom 24. Januar 06 ausgiebig diskutiert. Die Vorlage benötigt meiner Ansicht nach keine weiteren Erläuterungen. Die Vorlage des Stadtrates klärt eindeutig die Zusammensetzung des Stadtschulrates, auch wenn der Schulreferent gleichzeitig das Amt des Schulpräsidenten innehat.

In der GPK wurde der bisherige Absatz 2 des Artikels 50 der Stadtverfassung dahingehend diskutiert, dass er mit dem In-Kraft-Treten der neuen kantonalen Lehrerverordnung überflüssig geworden ist. Nach neuem kantonalem Personalrecht werden keine Wahlen, sondern Anstellungen vorgenommen, und nach Paragraph 5 Abs. 1 der kantonalen Lehrerverordnung rekrutiert die Schulbehörde die Lehrpersonen und der Arbeitsvertrag wird vom Erziehungsdepartement zusammen mit der Schulbehörde unterzeichnet. Dies ist eine deutliche Kompetenzverschiebung gegenüber der früheren Praxis, wo die Schulbehörde für die Wahl zuständig war. Es gibt somit keine Lehrkräfte mehr, für deren Wahl die Gemeinde nach kantonalem Recht zuständig ist, wie es der Abs. 3 des Artikels 50 der Stadtverfassung vorsieht.

In Abs. 1 ist festgehalten, dass der Stadtschulrat alle Aufgaben erfüllt, die ihm vom kantonalen Recht übertragen sind. Diese Bestimmung genügt vollkommen.

Die GPK schlägt Ihnen deshalb einstimmig vor, diesen genannten Absatz 3 ersatzlos zu streichen. Ebenso empfiehlt sie Ihnen einstimmig, den geänderten Anträgen der Vorlage zuzustimmen.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Susanne Günter (FDP)**FDP/JFDP/CVP-Fraktionserklärung**

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die FDP/JFDP/CVP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird."

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Dank der vorzüglichen und umfassenden Berichterstattung meines Vorredners Rainer Schmidig kann ich es kurz machen und darf Ihnen mitteilen, dass die SVP/JSVP/EDU-Fraktion auf den Antrag der GPK betreffend Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates eintreten und ihm zustimmen wird.

Unsere Fraktion begrüsst die Verschlinkung dieses Gremiums und erhofft sich eine Stabilisierung des Stadtschulrates, verbunden mit einer vermehrten Konzentration auf dessen Kernaufgaben.

Ebenfalls unterstützt unsere Fraktion den Antrag der GPK, Abs. 3 ersatzlos zu streichen. Aufgrund veränderter übergeordneter gesetzlicher Bestimmungen ist diese Norm gegenstandslos und damit überflüssig geworden, namentlich nimmt der Stadtschulrat keine Wahlen vor. Die Streichung von Abs. 3 ist daher ein Beispiel real praktizierter Rechtshygiene, um diesen schönen Ausdruck von Professor Bernhard Schnyder wieder einmal zu gebrauchen. “

Mariann Keller (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

”Zu den inhaltlichen Ausführungen von Rainer Schmidig habe ich nichts Neues hinzuzufügen. Wie Sie sich sicher erinnern können, hat die SP/AL-Fraktion bereits während der Überweisung der Motion von Rainer Schmidig eine geteilte Meinung vertreten. Diese Haltung hat sich auch mit der aufliegenden Vorlage nicht geändert.

Die Gründe dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal erläutern:

Die Arbeitsbelastung des Stadtschulrates war stets hoch und die Problemstellungen an den Schulen werden nicht geringer. Deshalb wird eine Verkleinerung des Stadtschulrates nicht begrüsst.

Indem mitten in einer laufenden Legislatur ein Gremium verkleinert wird, das nicht vollständig ist, wird eine klare Bestimmung der Stadtverfassung nicht eingehalten. Mit der Reduktion wird auch die Vertretung der Parteienvielfalt vermindert, was die SP/AL-Fraktion bedauert.

Mit einer blossen Reduktion der Anzahl der Stadtschulrätinnen und Stadtschulräte kann nicht per se von einer Beruhigung der Situation, von einer besser organisierten oder einer geordneteren Arbeitsweise ausgegangen werden.

Schlussendlich bleibt der Stadtschulrat ein Milizsystem, bei dem Rücktritte jederzeit möglich sind, was die Verhältnisse verändern kann. Kein Gremium kommt darum herum, bei Veränderungen seine Organisation zu überdenken und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

In welcher Variante auch immer ist es begrüssenswert, dass im Stadtschulrat endlich Ruhe einkehrt, damit er sich seinen gestellten Aufgaben vollumfänglich widmen kann. Es bleibt zu hoffen, dass mit dieser Neuregelung die versprochene Kontinuität der Ephorate auch wirklich gewährleistet ist.

Ich kann Ihnen aus den erwähnten Gründen keine einheitliche Haltung der SP/AL-Fraktion ankündigen. Sie wird sich zwischen Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung bewegen. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme des Stadtrates**

”Ich möchte dem GPK-Sprecher Rainer Schmidig für seine Ausführungen danken und werde meine Stellungnahme ebenso in Rekordtempo vortragen. Zum Votum von Mariann Keller möchte ich sagen, dass ich mich ungern auf Spekulationen einlassen und das Resultat der Abstimmung abwarten möchte. In diesem Sinne herzlichen Dank für die speditive Beratung. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die VdSR vom 14.02.06 Seiten 1-3 und die von der GPK mit Datum 9. März 2006 neu formulierten Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 und vom Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 9. März 2006 betreffend Neuregelung der Zusammensetzung des Stadtschulrates.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Die Stadtverfassung wird wie folgt geändert: Art. 50 Abs. 1 und 2 (neu)

¹ Der Stadtschulrat erfüllt als Schulbehörde die ihm vom kantonalen Recht übertragenen Aufgaben. Er besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und sechs von den Stimmberechtigten nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes gewählten Mitgliedern. Das für die Schule zuständige Mitglied des Stadtrates gehört dem Stadtschulrat als weiteres stimmberechtigtes Mitglied von Amtes wegen an.

² Wählbar als Präsidentin oder Präsident ist auch das für die Schule zuständige Stadtratsmitglied. Im Falle seiner Wahl bleibt sein Sitz als Stadtschulratsmitglied von Amtes wegen unbesetzt.

(Der bisherige Abs. 2 wird unverändert zu Abs. 3, der bisherige Abs. 3 entfällt.)

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die Besoldung des Stadtschulrates richtet sich bis zum Inkrafttreten der Strukturreform für den Stadtschulrat weiterhin nach § 5 lit. b der Besoldungsverordnung in der Fassung gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 19. Dezember 2000.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Ziff. 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 10 lit. c der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Christoph Lenz (AL) stellt folgenden Antrag:

”Ich stelle den Antrag, dass - sobald die Änderung der Stadtverfassung vom Volk angenommen wurde - mit dem ersten möglichen Wahltermin nach In-Kraft-Treten der Änderung Neuwahlen abgehalten werden.“

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Dazu habe ich eigentlich nur Folgendes zu sagen: Der Antrag ist meines Erachtens unhaltbar. Die Mitglieder des Stadtschulrates sind auf eine festgelegte Amtsdauer vom Volk gewählt. Es wäre daher sinnvoll, wenn Sie sich dies nochmals überlegen würden und den Antrag zurückziehen.“

SR Thomas Feurer

Stellungnahme des Stadtrates

”Ich glaube, der Stadtrat möchte dies auch nicht, und zwar nicht deswegen, weil er zufälligerweise gerade zufrieden mit der von diesem Gremium geleisteten Arbeit ist. Ich glaube, der Stadtschulrat in seiner heutigen Zusammensetzung kann wirklich gute Arbeit leisten. Wir sollten in 2 Jahren, wenn die Amtsdauer abläuft, erneut über dieses Thema verhandeln.“

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Die *Abstimmung* über den von **Christoph Lenz (AL)** gestellten **Antrag** ergibt folgendes Resultat:

Der **Antrag** wird mit **37 : 1 Stimmen** abgelehnt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 sowie die von der GPK mit Datum 9. März 2006 neu formulierten Anträge in der Schlussabstimmung einstimmig (mit 37 : 0 Stimmen) gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2

VdSR Bereich Soziales: Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit

Peter Möller (SP)

Sprecher der SPK

”Mit der Vorberatung der Vorlage Bereich Soziales: Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit vom 14. Februar 2006 wurde am 7. März 2006 eine 11-er Kommission betraut. Diese traf sich am 20. März 2006 zu ihrer ersten und einzigen Sitzung, so dass dieses Geschäft heute - nicht einmal zwei Monate nach der Verabschiedung durch den Stadtrat - vom Grossen Stadtrat behandelt werden kann. Da sage noch einmal jemand, dieser Rat arbeite nicht speditiv, auch mit 50 Mitgliedern.

Mit zur raschen Behandlung beigetragen hat natürlich auch der Umstand, dass Stadtrat Thomas Feuer und der Bereichsleiter Soziales, Beat Schmocker, anlässlich der Kommissionssitzung kompetent alle auftauchenden Fragen beantworten konnten. Ihnen, wie auch Frau Marlise Stöckli, welche das Protokoll in Windeseile erstellte, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Ebenso danken möchte ich den Kommissionsmitgliedern für ihre konstruktive Mitarbeit.

Da ich davon ausgehe, dass Sie alle die Vorlage gelesen haben, werde ich mich bei meinen Ausführungen zu deren Inhalt kurz fassen. Die Vorlage legt Hintergründe und Geschichte der Jugend- und Quartierarbeit in der Stadt Schaffhausen der letzten Jahre dar und macht Aussagen zu ihrer Zukunft. Diese Ausführungen hier

wiederzugeben würde den Rahmen der Ratsdebatte sprengen, und ich verzichte deshalb darauf, sie wiederzugeben, zumal sie ja jederzeit nachschlagbar sind.

Einen Punkt möchte ich jedoch herausgreifen, da dieser äussert wichtig für die Ausarbeitung der Vorlage war. Bei der Auswertung der Quartierarbeit wurde festgestellt, dass sich Jugendprojekte in allen Quartieraktivitäten als Schlüsselaktivitäten herausgestellt hatten, somit starke Berührungspunkte und Überschneidungen zwischen Jugend- und Quartierarbeit bestehen. Dieses Erkenntnis hat nun Eingang in die vorliegende Vorlage zur Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit gefunden.

Mit ihr soll – wie der Titel schon sagt – ein wesentlicher Teil der Jugend- und Quartierarbeit in einem neuen Ressort Quartier- und Jugendarbeit des Sozialreferates zusammengefasst werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Schnittstellen werden reduziert, dadurch können Synergien gewonnen werden.
- Im Bereich Soziales können alle Aspekte der Jugendarbeit zusammengefasst werden.
- Wenn alle Bereiche der Jugend- und Quartierarbeit unter einem Dach sind, werden weitere Schnittstellen reduziert.
- Die Zusammenführung von Schulsozialarbeit, Jugend- und Quartierarbeit ermöglicht einen sinnvollen Stellenplan und die Abkehr von wenig effizienten und unattraktiven Kleinpensen.
- Das wichtige niederschwellige Angebot des tjs mit Beratungsstelle, Jugendhaus etc. kann weitergeführt werden.
- Die Einbindung von Parlament und Öffentlichkeit wird mit der Einsetzung einer gemischten „Kommission für Jugend- und Quartierarbeit“ gewährleistet.
- Die bisher gute Zusammenarbeit mit dem Kanton kann durch Übertragung der Leistungsvereinbarung auf die Stadt weitergeführt werden.
- Die ganze Sache gestaltet sich für die Stadt als kostenneutral.

Dem steht eigentlich nur ein Nachteil entgegen, die Auflösung eines Vereins, der seit Jahrzehnten wertvolle Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen betreibt, des Trägervereins Jugendarbeit Schaffhausen (vormals Verein Schaffhauser Freizeitzentren).

Eintreten auf die Vorlage war daher in der Kommission unbestritten und sämtliche sich äussernden Kommissionsmitglieder lobten einerseits die vorgeschlagene Lösung, aber auch die bisherige Arbeit des Trägervereins für Jugendarbeit (vormals Verein Schaffhauser Freizeitzentren).

Zudem wurde auch darauf hingewiesen, dass die private ehrenamtliche Jugendarbeit im gesamten Angebot für Jugendliche einen wichtigen Bestandteil darstellt, was von allen Kommissionsmitgliedern anerkannt wurde.

In der Detailberatung gaben dann folgende Themen noch zu kurzen Diskussionen Anlass:

- Mit der Stellenausschreibung für den Jugendbeauftragten, neu jetzt Fachstelle Jugend- und Quartierarbeit, wurde bewusst zugewartet, sie wird nach Genehmigung der Vorlage durch den grossen Stadtrat ausgeschrieben

werden.

- Die finanziellen Leistungen des Kantons gemäss Leistungsvereinbarung mit dem TJS (Fr. 92'000.--) sind bis Ende 2006 zugesichert, wobei die Option auf eine Verlängerung bis Ende 2007 besteht, ein entsprechender Auszug aus dem Protokolle des Regierungsrates wurde den Kommissionsmitgliedern zugestellt. Zur Zeit sind im Erziehungsdepartement die Vorbereitungsarbeiten zu einem Projekt zur konzeptionellen und strukturellen Neuausrichtung der Jugendhilfe im Kanton, mit dem Ziel der Integration und der verbesserten Koordination aller involvierten öffentlichen und privaten Stellen eingeleitet worden. In diese Arbeiten ist auch die Stadt mit eingebunden. Definitive Zusagen von Seiten des Kantons für die Zukunft können aber erst nach Abschluss dieser Arbeiten und dem Vorliegen des kantonalen Konzepts gemacht werden. Doch wird der Kanton das Geld sicherlich dort einsetzen wo professionell und gut gearbeitet wird. Es ist daher durchaus möglich - wenn auch nicht sicher - dass sich der Kanton weiterhin an den Auslagen für Jugendberatung, Jugendhaus und offene Jugendarbeit beteiligt.
- Sollte der Kanton jedoch ab 2008 seine finanzielle Unterstützung einstellen, so müssten dann entsprechend Leistungen und Stellen abgebaut werden.
- Sodann wurde die Frage aufgeworfen, ob aufgrund der Synergiegewinne nicht Stellen abgebaut werden könnten. Dies wurde in dem Sinn beantwortet, dass mit diesen Gewinnen bei gleichem Personalbestand eine bessere Leistung erzielt werden soll.
- Hinsichtlich des beim Vereins tjs noch vorhandenen, auch mit Stadtmitteln geäußerten Vereinsvermögens wurde bekräftigt, dass beim Vereinsvorstand der Wille besteht, der Mitgliederversammlung zu beantragen, dieses Geld in einen städtischen Fonds zu Gunsten von Jugendprojekten einzubringen.

Nachdem diese Einzelfragen geklärt waren, konnte die Kommission der unveränderten Vorlage mit 11:0 Stimmen einstimmig zustimmen, und ich bitte Sie nun im Namen der Kommission, es ihr gleich zu tun.

Ich schliesse hier die kurze Fraktionserklärung der **SP/AL-Fraktion** an.

Wir sind ebenfalls erfreut über diese Vorlage und begrüßen die Verbesserung in der Jugendarbeit, welche mit ihr erzielt werden kann. Die Fraktion wird daher auf die Vorlage eintreten und ihr auch einhellig zustimmen. Insbesondere die Aufstockung der Stelle des Jugendbeauftragten der Stadt Schaffhausen wird dazu beitragen, dass diese Stelle mit einer geeigneten Person besetzt werden kann, und diese zumindest ansatzweise versuchen kann, ihr reich befrachtetes Pflichtenheft - welches an sich genügend Arbeit für mehrere Personen böte - zu erfüllen.

Abschliessend möchte sich die SP/AL Fraktion dem Dank an die derzeitigen und früheren Mitarbeitenden, Vorstandsmitgliedern und vielen ehrenamtlichen Helfern des tjs, respektive des VSFZ anschliessen, denn sie haben in den letzten Jahrzehnten ein überaus wertvolles Stück Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen geleistet. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**FDP/JFDP/CVP-Fraktionserklärung**

„So wie die Vorlage erfreulicherweise an einer einzigen und erst noch kurzen Sitzung der Spezialkommission beraten und verabschiedet werden konnte, wurde die Vorlage auch an der Fraktionssitzung der FDP/JFDP/CVP-Fraktion ohne grosse Diskussionen und ebenso speditiv behandelt.

Ich werde mich daher auch in meiner Stellungnahme, die ich für die ganze Fraktion abgeben kann, kurz halten. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil der Kommissionspräsident in seinen einführenden und erläuternden Worten seines Berichtes effektiv schon fast alles gesagt hat, was im Zusammenhang mit der Vorlage wesentlich sein könnte. Ihm gebührt auch ein Dank für die umsichtige Verhandlungsführung. Ebenso sei der Protokollführerin Marlies Stöckli für das innert weniger Tage vorliegende Protokoll bestens gedankt.

Die Vorlage des Stadtrates zu diesem im Rahmen des Themenfeldes „Jugendhilfe und Jugendförderung“ einzuordnenden Unterfangens, nämlich die Jugend- und Quartierarbeit in der Stadt Schaffhausen in einen Zuständigkeitsbereich zusammenzuführen und die bis anhin grösstenteils vom Trägerverein Jungendarbeit (tjs), basierend auf einer Leistungsvereinbarung zwischen ihm, der Stadt und dem Kanton ausgeführten Tätigkeiten zu übernehmen, ist inhaltlich überzeugend und bedurfte daher keinerlei Korrekturen unsererseits.

Die Erläuterungen in der stadträtlichen Vorlage sind in allen Punkten substantiiert, das vorliegende neue Organisationsmodell innerhalb des Sozial- und Kulturreferates ist gut strukturiert und klar aufgebaut.

Dass die Stadt die Aufgaben des tjs während der noch laufenden Leistungsvereinbarung übernehmen muss und welches die Gründe dafür sind, haben wir gehört. Der tjs hat in den vergangenen Jahren an und für sich sehr gute Arbeit geleistet. Auch der Kanton, der, wie bereits erwähnt, zusammen mit der Stadt als Leistungsbesteller fungiert hat, war in jeder Hinsicht zufrieden mit der professionellen und kompetenten Erledigung der vom tjs übernommenen Aufgaben. Umso bedauerlicher war es denn auch, feststellen zu müssen, dass

- er nun plötzlich nicht mehr weiter aktiv tätig sein kann, mithin die Aufgaben gleichsam an Stadt und Kanton zurückgeben muss und
- wie sehr diese Leistungsvereinbarung und ihre Erfüllung von einzelnen Personen in der Vereinsführung abhängt, und wie fragil damit solche Leistungsvereinbarungen in Bezug auf ihre Weiterführung bei einem Führungswechsel sein können.

Mit dem Ende 2005 angekündigten Rücktritt der Präsidentin und der Geschäftsführerin war ein Vakuum in Aussicht gestellt, welches der Verein nicht mehr in der Lage war, auszufüllen. In dieser Situation hat der Stadtrat richtig gehandelt, sofort das Heft in die Hand genommen und zusammen mit den beiden Vertreterinnen des tjs nach neuen Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Dass nun die Stadt diesen Bereich übernehmen soll, macht durchaus Sinn. Es ist wichtig, dass diese Aufgabe - deren Bedeutung sich anhand des ebenfalls in der Vorlage beschriebenen und als erfolgreich umgesetzt zu beurteilenden Projektes im Birch messen und damit belegen lässt - weiter geführt wird, und zwar weiterhin auf professioneller Basis.

Das vom Stadtrat vorgeschlagene Modell überzeugt, und zwar vor allem auch deswegen, weil es sich nicht nur um eine punktuelle Übernahme der bisher vom tjs ausgeführten Aufgaben mit anschliessender Zuweisung an irgend eine Amtsstelle handelt, sondern um ein umfassendes Gesamtpaket (Stichworte: Jugendbeauftragte(r), schulische Sozialarbeit) in Bezug auf die Zuständigkeiten und die konkrete Aufgabenerfüllung in der Jugend- und Quartierarbeit in unserer Stadt. Dies ermöglicht eine organisatorisch ausgewogene und sinnvolle, sich auf das Wesentliche beschränkende Lösung. Indem die Zuständigkeiten zusammengefasst werden und die Führung geklärt wird, kann in Zukunft eine effiziente Vernetzung und damit auch Koordination gewährleistet werden. Damit ist auch ein Synergiegewinn zu erwarten.

Der Kanton ist im Übrigen frühzeitig in die Verhandlungen einbezogen worden. Der Regierungsrat hat seine Bereitschaft, die laufende Leistungsvereinbarung mit dem tjs an den neuen Partner Stadt zu übertragen, in Aussicht gestellt. Die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit ist somit gelegt.

Mehrkosten erwachsen der Stadt keine, wie Sie der Vorlage ebenfalls entnehmen können, werden doch die von uns im Rahmen des Budgets 2006 bewilligten Mittel, welche dem tjs hätten ausbezahlt werden müssen, mit einer Kreditübertragung auf den Zeitpunkt des In-Kraft-tretens der neuen Organisationsform auf die neuen Konten zu übertragen sein. Der Kantonsanteil wird pro rata temporis dazu kommen.

Erlauben Sie mir noch eine abschliessende Bemerkung in dieser Sache: Die Frage, inwieweit sich die öffentliche Hand in der Jugendarbeit engagieren soll oder nicht, wurde natürlich in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Die Stichworte "Subsidiarität und Eigenverantwortung" seien hier genannt.

Wir sind uns in Bezug auf diese Vorlage indessen im Grundsatz einig, dass die hier zur Diskussion stehende staatlich geführte Jugendarbeit

- einerseits eine gute Ergänzung bestehender Angebote von privaten Organisationen - ich denke hier an Jugendorganisationen, kirchliche Organisationen und Sportvereine - darstellt, werden doch mit diesem Angebot Jugendliche angesprochen und erfasst, die erfahrungsgemäss nicht auf dasjenige genannter Vereine ansprechen,
- sich andererseits aufgrund der uns allen mehr als nur bekannten problematischen Verhältnisse in gewissen Quartieren unserer Stadt als nachhaltig positiv und auch präventiv auswirkende Investition auswirken wird. Und gerade hier haben wir in der Stadt Schaffhausen einen Handlungsbedarf. Die von uns allen immer wieder monierten Probleme in diesen Quartieren gilt es in ihren Ursachen anzupacken. Es ist dies im Interesse der Jugendlichen selber, aber auch der Gesellschaft und der weiteren Entwicklung unserer Stadt. Was wir heute in diesen Bereich investieren, werden wir in Zukunft ein Mehrfaches an Ausgaben in den verschiedensten Bereichen wie beispielsweise für Erwachsenensozialarbeit, jugendstrafrechtlichen Massnahmen einsparen können.

In diesem Sinne unterstützt denn unsere Fraktion die vorstehende Vorlage, wird auf sie eintreten und den gestellten Anträgen zustimmen. "

Erwin Sutter (EDU)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Wie bereits vom Kommissionspräsidenten erwähnt, ist die Zusammenlegung der Jugend- und Quartierarbeit aus Synergiegründen sinnvoll. Dagegen gab es von keiner Seite Opposition.“

Die Synergien werden dazu führen, dass mit einer Qualitätsverbesserung zu rechnen ist. Die Vorlage ist kostenneutral, das heisst der Betrag von Fr. 390'000.--, welcher die Stadt bisher in die Jugendarbeit investierte, wird auf ein neues Konto übertragen, wie auch in Antrag 3 erwähnt. Der Trägerverein Jugendarbeit mit 3 Mitgliedern aus dem Grossen Stadtrat wird zwar aufgelöst, dafür wird eine neue Kommission Jugend- und Quartierarbeit gegründet, mit ebenfalls 3 Mitgliedern aus dem GrSR. Das städtische Parlament wird somit auch weiterhin in der Jugendarbeit engagiert sein.

Der Wunsch der Fraktion ist der Einbezug privater Jugendorganisationen in die städtische Jugendarbeit, was vom zuständigen Stadtrat Thomas Feurer und von Beat Schmocker bereits zugesichert wurde. Ohne diese Organisationen wäre eine dauerhafte Jugendarbeit kaum sinnvoll.

Unsre Fraktion wünscht der neuen Organisation auch weiterhin viel Erfolg. “

Lotti Winzeler (OeBS)**OeBS/EVP-Erklärung**

„Ich werde Ihnen die Stellungnahme der OeBS/EVP-Fraktion mitteilen, welche sehr kurz ausfallen wird, da Bernhard Egli, unserer Vertreter in der SPK, sich entschuldigen musste, und ich an seiner Stelle sehr kurzfristig die Fraktionserklärung übernehmen musste, obwohl ich nicht SPK-Mitglied war.“

Ich kann mich grundsätzlich meinen Vorrednern anschliessen. Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Die Zusammenlegung erscheint zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll und wie bereits meine Vorredner erwähnt haben, werden sich wertvolle Synergien ergeben. Peter Möller hat auf den einzigen Nachteil dieser Vorlage hingewiesen, nämlich, dass der tjs aufgelöst wird. Der tjs wurde sehr professionell im Milizsystem geführt. Ich hoffe, dass dies nicht Schule macht, obwohl auch bei anderen Nicht-Profitorganisationen (NPO) das Milizsystem an Grenzen stösst, wenn auf operativer Ebene Profis geführt werden müssen. Ich möchte an dieser Stelle speziell betonen, dass der tjs auf strategischer Ebene sehr professionell geführt wurde und spreche den Verantwortlichen für ihr langjähriges Engagement ein herzliches Dankeschön aus. “

Rebekka Plüss (AL)**SP/AL-Fraktionserklärung**

„Ich bin natürlich sehr erfreut über diese Vorlage und habe im tjs den Entstehungsprozess miterlebt. Dem Vorstand ist es nicht leicht gefallen, einen gesunden und innovativen Verein einfach aufzulösen. Nach sorgfältigem Abwägen der Umstände hat sich jedoch gezeigt, dass die Übergabe an das Sozialreferat die beste Lösung ist.“

Viele Schnittstellenprobleme hätten in Zukunft die Vereinsarbeit gelähmt. Peter Möller hat in seinen Ausführungen bereits erwähnt, dass die Zusammenlegung des Jugendbeauftragten und der Stellenleitung tjs besonders begrüssenswert ist. Eine klare Ansprechperson ist besonders in der Jugendarbeit sehr wichtig. Die Stadt kann

sich also freuen, einen finanziell gesunden Verein übernehmen und von der professionellen Arbeit des Vereins profitieren zu können.

Ich möchte abschliessend der Präsidentin und Stellenleiterin des tjs für ihre wertvolle Arbeit danken und bin überzeugt, dass die Zustimmung zu dieser Vorlage der Jugend zugute kommen wird. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

”Ich danke allen Beteiligten für ihren grossen Goodwill bei der speditiven Ausarbeitung dieser Vorlage. Als Resultat geht ein grosser Gewinn für die Jugend der Stadt Schaffhausen hervor, was auch aus allen Voten heute Abend entnommen werden konnte.

Ich möchte mich speziell beim SPK-Präsidenten Peter Möller für sein detailliertes Eingehen auf die Vorlage bedanken und dafür, dass er gewisse Schlüsselerlebnisse in seinem Kommissionsbericht erwähnt hat, wie zum Beispiel eine Reduktion der Schnittstellen durch Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit und die Einberufung einer neuen Kommission, die den tjs ersetzen wird, mit Vertretung des GrSR und bisherigen Vorstandmitgliedern des tjs.

Ich danke der Präsidentin und den bisherigen Mitgliedern, dass sie sich für eine Weiterarbeit entschieden haben, welche die Kontinuität in der Jugendarbeit gewährleisten wird. Die Vorlage ist - wie bereits von Erwin Sutter erläutert - keine Sparvorlage, sie erzielt jedoch einen klaren Qualitätsgewinn.

Wir sind natürlich sehr dankbar über die kantonale Unterstützung, obwohl ich diese finanzielle Hilfestellung nicht als Geschenk des Himmels betrachte. Der Jugendtreff Jam wie auch die Jugendberatungsstelle werden sehr stark von nicht städtischen Jugendlichen frequentiert, und somit ist die finanzielle Unterstützung mehr als gerechtfertigt.

Die Auflösung eines gut funktionierenden privaten Vereins und die Übergabe an den Staat ist grundsätzlich nicht als positiv zu beurteilen. Wie bereits von Lotti Winzeler erwähnt, ist es tatsächlich so, dass das Milizsystem an seine Grenzen stösst.

Der Einbezug privater und kirchlicher Jugendorganisationen ist garantiert, weil dadurch eine Vernetzung mit den Quartieren stattfindet. Ich gebe Ihnen folgendes Beispiel: Die Kirchgemeinde Steig hat dem Quartier Birch eine Kletterwand finanziert.

Ich bedanke mich abschliessend bei allen Beteiligten und ganz besonders bei der Präsidentin des tjs, Mirjam Reutimann, welche die Auflösung und die Übergabe begleitet hat und der Stadt etwas überlässt, was wir nicht übernehmen müssen, sondern dürfen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest die VdSR vom 14.02.06 Seiten 1-9 sowie Anträge und die Beilagen 1-4 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 betreffend Zusammenführung der Jugend- und Quartierarbeit im Bereich Soziales der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Er nimmt Kenntnis von der beabsichtigten Auflösung des Vereins „Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen tjs“ und stimmt der Übernahme der Leistungsvereinbarung durch das Sozialreferat der Stadt Schaffhausen zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Er bewilligt die Kreditübertragung der Kontonummern 3501.365.700 (Beitrag an Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen) auf das Konto 5482 (neu – Abteilung Jugendberatung), respektive Konto 5483 (neu – Abteilung Events/Information, Jugendhaus), zur Sicherstellung der laufenden Arbeiten, Projekte sowie der Personalaufwendungen inklusive Sozialleistungen im Jahre 2006.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Er bewilligt die Erhöhung des Soll-Stellenplans um die für den Betrieb notwendigen 380 Stellenprozente im Bereich Soziales.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 14. Februar 2006 und die Anträge sowie die Beilagen 1-4 in der Schlussabstimmung **einstimmig** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Urs Tanner (SP): Schulkleidung als Chance?

Urs Tanner (SP)

Begründung

„Dies ist für mich eine doppelte Premiere: Es ist meine erste Interpellation, normalerweise pflege ich klein anzufragen oder dazwischenzurufen, und meine zweite Premiere ist die Tatsache, dass es eine Idee ist, die im links-grünen Lager nicht nur auf ungeteilte Freude stösst.“

Erlauben Sie mir 10 kurze Bemerkungen zu einem wichtigen und komplexen Thema.

Bemerkung Nummer 1: Hätte ich als 14-jähriger Schüler von dieser Idee gehört, hätte ich wohl meine erste Demonstration organisiert. Schulkleidung bedeutete damals in erster Linie Zwang, Militär, China und Uniform.

Bemerkung Nummer 2: Leise Entrüstung. Täusche ich mich, oder sieht man oft ein unmerkliches Zusammenzucken, wenn man im Freundeskreis oder irgendwo die Grundidee einer Schulkleidung und ihrer Chancen diskutiert? Unweigerlich assoziiert das Gegenüber Zwang, Uniform und Einheit.

Bemerkung Nummer 3: Begrifflichkeiten. Mit einiger Sturheit schreibt die Mehrheit der JournalistInnen konsequent von Uniform. Ich bitte Sie doch, auf diesen Begriff zu verzichten. Uniform ist, in Deutschland historisch bedingt mehr als bei uns, ein negativ besetzter Begriff.

Erlauben Sie mir ein Zitat von Frau Brose, der deutschen Schulkleidungsexpertin, in der NZZ am Sonntag: *„Eine Uniform ist etwas Totalitäres, von der Obrigkeit Verordnetes. Vor dem Hintergrund von Hitlerjugend und FDJ in der DDR ist die Aversion gegen alles Uniforme in Deutschland besonders gross. Schulkleidung dagegen ist demokratisch. SchülerInnen bestimmen sie nämlich mit.“*

In dieser Interpellation schreiben, reden und meinen wir *Schulkleidung*, demokratisch ausgewählt, freiwillig getragen und nicht mal ohne Kontaktlinsen oder Brille als Uniformen zu verwechseln.

Bemerkung Nummer 4: Meine Erfahrung mit Einheitskleidung:

1988 war es schwierig, ums Militär herumzukommen. So viel Mut, wie etwa Köbi Hirzel und andere ins Gefängnis zu gehen, hatte ich nicht, also war ich 17 Wochen lang Radfahrer im Schweizer Militär. Zur Uniform hatte ich eine sehr innige Beziehung, ich habe diese nachhaltig und intensiv gehasst.

Nach diesem Uniformerlebnis war es dann endlich möglich, Zivildienst zu leisten, was ich sehr viel später für 9 Monate mit viel Freude und ohne Uniform getan habe.

Meine zweite Erfahrung als Einheitskleidungsträger war wesentlich positiver: Als Hilfspfleger während des Studiums im Altersheim. Hier war die Kleidung einheitlich, gratis, bequem und kostenlos. Aber auch hier, keine Uniform.

Bemerkung Nummer 5: Wissenschaftliches zu Schulkleidung:

Pünktlich zum Beginn des neuen Schuljahres 2004 legte ein Team von Unterrichtsforschern der Universität Giessen die Ergebnisse einer Studie zum Tragen von Schulkleidung vor. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass in Klassen mit einheitlicher Schulkleidung ein besseres Sozialklima, eine höhere Aufmerksamkeit, ein höheres Empfinden von Sicherheit sowie ein generell niedrigerer Stellenwert von Kleidung beobachtet werden kann, als in Vergleichsklassen ohne einheitliche Bekleidungsregelung. Die Unterschiede zeigen sich jedoch erst in höheren Klassen, wenn die einheitliche Schulkleidung bereits einige Zeit getragen wird. Ein wochenweiser Versuch nützt also nicht allzu viel, so wie es in Aarau unter Maturanden durchgeführt wurde.

In Hamburg fand das Forschungsteam die Möglichkeit, Klassen mit und Klassen ohne Schulkleidung vergleichend unter die Lupe zu nehmen. Von den Ergebnissen war das Giessener Team selbst überrascht: In den höheren Klassen zeigt sich bei den Trägern einheitlicher Pullis ein besseres Sozialklima. Sie berichten, dem Unterricht aufmerksamer folgen zu können, und sie legen in der Tendenz mehr Wert auf ein tiefes Verständnis der Unterrichtsinhalte als die Vergleichsschüler.

Ebenso deutlich war der Unterschied zu der Frage, welchen Stellenwert Schülerinnen und Schüler Kleidung und schicken Klamotten generell beimessen. Hier übertreffen in den höheren Klassen die Vergleichsschüler die Träger der Schulkleidung deutlich.

Schulkleidung - ein geeignetes Mittel, um in Klassenzimmern soziale Ausgrenzung

zu verhindern? Können sich durch einheitliche Kleidung Schüler an der Schule sicher fühlen, weil sie nicht befürchten müssen, von den Mitschülern wegen teurer Kleidungsstücke "abgezockt" zu werden? Bewirkt der neue Dresscode, dass sich die Schüler besser auf den Unterricht konzentrieren können, weil sie der Nachbarin nicht ständig auf den Bauchnabel starren müssen? Ein einheitlicher Pulli kann leider nicht alle diese Probleme in Klassenzimmer restlos lösen, so glauben die Wissenschaftler.

Damit einheitliche Bekleidungsregeln zum gewünschten Erfolg führen, bedürfe es zusätzlich engagierter Lehrkräfte, sowie natürlich einer von diesem Konzept Schulkleidung überzeugten Eltern- und SchülerInnenenschaft. Wenn diese Faktoren vorliegen, dann gehe wie in Hamburg, wie auch überall in der Schweiz, am Ende die Rechnung vermutlich positiv auf.

Hinsichtlich der individuellen Identitätsentwicklung kann man davon ausgehen, dass im schulpflichtigen Alter das Zusammenspiel von schulischem Erfolg und sozialer Anerkennung diese erheblich fördert. Dabei wird die soziale Anerkennung zu einem nicht unerheblichen Teil über das äussere Erscheinungsbild gesteuert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit das Tragen von einheitlicher Schulkleidung geeignet ist, bestimmte Kleidungs- und damit letztlich auch finanziell bedingte Anerkennungsunterschiede zu relativieren, um zumindest im Hinblick auf das äussere Erscheinungsbild möglichst allen Schülern eine gleiche Ausgangssituation in der Institution Schule zu verschaffen, was ja eigentlich ihre Hauptaufgabe wäre.

Die Schule als Lern- und Entwicklungsraum für Kinder und Jugendliche ist auch die soziale Umgebung, in der sie ihre Wirkung auf andere testen und ihre eigene Identität zu entwickeln beginnen. Dabei spielt das äussere Erscheinungsbild, welches zu einem großen Teil über die Kleidung mitbestimmt wird, eine bedeutende Rolle.

Der heute oft zu beobachtende Markenzwang hinsichtlich der Kleidung wird von den Schülern gern mit Individualität erklärt. Nicht mehr nur das Markenzeichen allein entscheidet, sondern das Label bestimmt den Wert des Menschen, was ja wohl nicht sein kann. Altersspezifische Normen, die durch die Medien, durch die Kleidungsindustrie, aber auch durch die Gleichaltrigengruppe propagiert und transportiert werden, bewirken, dass die Kleidung des Individuums mehr Aussagekraft besitzt als dessen Fähigkeiten. Mit dem Tragen bestimmter Kleidung gehen dabei oft Akzeptanz, beziehungsweise Nichtakzeptanz in der Schulklasse einher. Das führt letztlich auch zu einer teilweise mit negativen Effekten einhergehenden Beeinflussung des Unterrichts- und Klassenklimas.

Persönlich glaube ich, folgende Vorteile mit Schulkleidungsprojekten auch in Schaffhausen erreichen zu können: Einheitliche Schulkleidung könnte dazu beitragen, die Diskriminierung Einzelner oder Gruppen und Vorurteile zu vermindern. Die Schulkleidung ist oder könnte ein geeignetes Instrument sein, den Markenzwang in der Schule abzubauen. Die Schulkleidung sollte den Zusammenhalt in der Klasse und das Klassen- und Unterrichtsklima fördern.

Bemerkung Nummer 6: Links und Uniform:

Ich lasse mich als Linker nicht in die Schuluniform Ecke treiben. Eine einheitliche Schulkleidung ist nicht die Lösung, sie muss begleitet sein von einem Bündel an

Massnahmen, wie integrative Schulform, Tagesschulen, Teamteaching, Schulsozialarbeit und so weiter. Den Tagesschulen haben wir vor 2 Wochen zugestimmt. Dies könnte eine Variante eines grossen Bündels an Massnahmen sein.

Bemerkung Nummer 7: Haltung des Lehrerverbandes:

Hier darf ich doppelt kritisch sein, da ich als Teilzeitgewerbelehrer auch Mitglied des Lehrerverbandes bin.

Der Lehrerverband ist skeptisch und grundsätzlich nicht gegen eine Schulkleidung. Aber empirisch sei nichts bewiesen. Herr Zemp vom Lehrerverband sagt ebenso, es gäbe in der Schweiz keine Tradition mit Schulkleidung, was, und dies als Klammerbemerkung, eine nicht zu überbietende traditionalistische Einstellung ist. Was man nicht kennt, macht man nicht, was Neu ist, sowieso nicht.

Den schönsten Satz bringt Herr Zemp gegen Schulkleidung, den ich Ihnen nicht vorenthalten will: „*Schulkleidung führe zu einer Art Erziehungsvermeidung oder gar zu einer Erziehung zum Kollektivismus.*“

Man kann Schulkleidung mit guten und gescheiterten Argumenten kritisieren. Sie werden dies aus meiner Fraktion noch hören. Der Lehrerverband macht es sich hier mit diesen Schlagworten aber zu einfach. Diese Zitate zeigen, dass im Gegensatz zu vielen Schülerinnen und Schülern die Lehrer und Lehrerinnen Mühe mit der Schulkleidung haben. Nach einem Experiment an der Kanti Aarau hatten Lehrer berichtet, sie hätten sich etwas unwohl so alleine vor einer einheitlich gekleideten Klasse gefühlt. Dies spricht nicht unbedingt gegen die Variante Schulkleidung.

Bemerkung Nummer 8: Projekt Schaffhausen: Wie könnte ein Schulkleidungsprojekt aussehen?

Es sollte analog der Stadt Basel ein Projekt sein, welches Diskussionen rund um Konsum und Individualität ankurbeln soll. Über den emotional starken Träger Kleidung lassen sich Fragen rund um Werte, Statusangst und Selbstwert ganz konkret diskutieren und hinterfragen.

Das Projekt Basel ist konkret über die Schuldenberatungsstelle auf die Schulkleidung gekommen, weil sich die Oberstufenschülerinnen und -schüler gefragt haben, wie viel sie eigentlich (primär Kleidung)kosten. Es ergab sich eine Summe zwischen Fr. 200.-- und 700.--, welche den Jugendlichen aufzeigt, wie schnell solche Beträge kritisch werden können, wenn man diese selbst berappen muss.

Zur Schulkleidung selbst: Die Klasse sollte in einem Projekt die Schulkleidung selbst mitbestimmen können. Die Mitbestimmung der Kleidung soll aufzeigen, dass es um Kleidung und nicht um eine befohlene Uniformierung geht. Eine Palette von Oberteilen und Hosen soll von einer Klasse als Schulkleidung ausgewählt werden.

Nochmals, die Interpellation formuliert Freiwilligkeit bei den Schülerinnen und Schülern. Dies sowohl aus pädagogischen wie auch juristischen Gründen. Wenn sich jemand dagegen entscheidet, ist dies durchaus möglich. Mir ist ein einheitliches Projekt lieber als der heutige Zustand, wo jede Lehrerin, jeder Lehrer selbständig Kleiderdikate erlässt. So habe ich von Lehrern gehört, welche Ihren Schülerinnen mit nicht-schulkonformen Ausschnitten grosse Militärhemden verpassten.

Bemerkung 9: Schulhauspezifische Kleidungs Vorschriften. Ich habe noch einen Brief von Ende März 2006 vom GEGA-Schulhaus erhalten, wo die Elternschaft

darauf hingewiesen wird, dass es eben Unterschiede zwischen Strand- und Arbeitskleidung gäbe und um Unterstützung gebeten wird, ihren Kindern eben diesen Unterschied zwischen Strand-, Arbeits- und Freizeitkleidung klar zu machen und die Bekleidung ihres Kindes schulgerecht sein sollte. Wenn allerdings am Schluss des Briefes noch ergänzt wird, dass im Falle einer nicht schulkonformen Bekleidung - was immer dies heisst - T-Shirts bereit gestellt werden, wäre mir ein von unten gewachsenes Schulkleidungsprojekt viel lieber.

Bemerkung Nummer 10: Schluss:

Wo ein Schulsystem aber eben nur mittelmässig bis problematisch ist, sind andere, vielleicht unkonventionelle Ansätze gefragt. Die PISA-Studie förderte teilweise Bedenkliches zu Tage. Und, fast noch schlimmer, neueste Zahlen zeigen, wie sehr unser Bildungssystem eben ein Erbsystem ist. Ein Erbsystem, weil Leute, deren Eltern schon die Kantonsschule und Hochschule besucht haben, dies zu 90% wieder tun, was logischerweise gut ist.

Schlecht ist aber, wie wenig durchlässig das System ist, weil die untern Bildungsschichten diese tiefe Bildungsschicht auch weiter vererben, von Aufstieg und egalitären Bildungschancen wohl keine Spur. Bildung ist also eine Frage der Schicht und des Geldes.

Dieses Anliegen soll ein Puzzlestücklein sein, ein Denkanstoss, ein Input. Sollten, was ich natürlich hoffe, Hunderte von Klassen mitmachen, werden nicht Horden von Einheitsschülerinnen und Einheitsschülern die Gassen bevölkern und uns totalitär erschrecken. Nein, sie werden es ausserhalb der Schule, liebe Ratsmitglieder, liebe Journalistinnen und Journalisten, gar nicht bemerken, weil Schulkleidung in einer Klasse zwar einheitlich sein kann, es wird aber nie eine Einheitsschuluniform, blau und mit dem Konterfei des Stadtpräsidenten geben, das verspreche ich Ihnen.

Ich bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates und auch des Rates, weil die Inputs wahrscheinlich relativ unberechenbar sind, was die Diskussion umso interessanter machen wird. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme Stadtrat

”Mit seiner am 14. Februar 2006 eingereichten Interpellation regt Grossstadtrat Urs Tanner an, es sei die Frage zu prüfen, ob im Rahmen eines Versuches auf freiwilliger Basis an einzelnen Klassen Schulkleidung eingeführt werden solle.

Schulkleidung hat in vielen Ländern - vor allem im angelsächsischen Raum - Tradition. In der Regel müssen die Schulkleider von den Eltern auf eigene Kosten beschafft werden. Um die Gesamtkosten so niedrig wie möglich zu halten, werden eigentliche Schulkleiderbörsen organisiert, so dass die Schülerinnen und Schüler dem Wachstum entsprechende Second hand-Kleider erwerben können.

Auf den ersten Blick mag es eigenartig erscheinen, dass dieser Vorstoss aus dem Teil des Lagers kommt, das ansonsten mit Uniformen nicht unbedingt viel am Hut hat.

Bei differenzierter Betrachtung muss man aber dem Interpellanten insofern Recht geben, als er in seiner Begründung auf einige Punkte hinweist, die tatsächlich problematisch sind.

Auslöser für die Interpellation ist - so haben wir dies zumindest verstanden - das fragwürdige Konsumverhalten vieler Jugendlicher. Dies betrifft einerseits die Kleidung - so wie in der Interpellationsbegründung angesprochen - andererseits aber auch weitere Konsumgüter - allen voran die Natels - welche den in der Interpellation genannten Prestigestress fördern. Viele Erziehungsberechtigte werden damit vor beträchtliche Probleme gestellt, zudem lässt dieses Verhalten auch viele Jugendliche in eigentliche Schuldenfallen tappen. Ganz zu schweigen vom Missbrauch, der gerade mit den Handys betrieben wird, die jüngsten Beispiele lassen einen erschauern.

Vor allem weniger begüterte Eltern tun sich schwer mit dem Einkaufsverhalten ihrer Kinder, was mir während der letzten Jahre meiner Lehrtätigkeit an der Realschule im Rahmen von Elterngesprächen immer wieder bewusst gemacht wurde.

Dass ein Gruppendruck in Sachen Kleidung besteht, ist unbestritten. Dieser beginnt oft schon in der Primarschule und lässt sich auch bei Kindern und Jugendlichen beobachten, deren Eltern nicht unbedingt Trendsetter in Sachen Mode sind.

Ein weiteres Problem stellt die oftmals provozierend knappe Kleidung, vor allem von Mädchen dar.

Den genannten Problemen könnte mit der Einführung einer einheitlichen Schulkleidung sicherlich begegnet, das Konsumverhalten als Ganzes jedoch kaum beeinflusst werden.

Zu den positiven Aspekten einer Schulkleidung gehört sicher die verstärkte Identifikation mit der eigenen Schule. Im Zeichen der Einführung geleiteter Schulen mit eigenen Leitbildern würde dies absolut ins Konzept passen.

Überdies ist zu beachten, dass viele Jugendliche mit dem Eintritt in eine Lehre ohnehin einem gewissen Kleidungszwang unterworfen werden, sei dies mit Berufskleidung in den Berufen des Gesundheitswesens und in Handwerksberufen oder mit Anzug und Krawatte, wie dies zum Teil von Lehrlingen im kaufmännischen Bereich verlangt wird.

Aus den genannten Überlegungen geht hervor, dass man einer Schulkleidung durchaus positive Seiten abgewinnen kann.

Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Punkten, die ebenfalls beachtet und in die Gewichtung einbezogen werden müssen.

Da ist einmal die Frage, wie lange die Schülerinnen und Schüler während eines Tages die Schulkleidung überhaupt tragen. Was tragen sie abends im Ausgang? Kommt dann dort der Gruppendruck wieder verstärkt zum Ausdruck?

Genügt es, das Konsumverhalten mit der Einführung von Schulkleidern beeinflussen zu wollen oder gibt es noch weitere Aspekte, die unter diesem Stichwort erörtert werden müssten?

Wie weit würde die vom Interpellanten vorgeschlagene Freiwilligkeit greifen? Es kann kaum davon ausgegangen werden, dass sich ganze Klassen freiwillig einem solchen Versuch unterziehen würden.

Für eine obligatorische Einführung - Urs Tanner hat dies erwähnt - würden überdies die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Wie würden sich Religionsgemeinschaften mit eigenen Kleidungs Vorschriften gegenüber einer freiwillig eingeführten Schulkleidung verhalten - wären nicht gerade die ihnen zugehörenden Schülerinnen und Schüler wegen ihrer Kleidung zusätzlich exponiert?

Aufgrund der vorerwähnten Überlegungen gelangt der Stadtrat zur folgenden Beantwortung der Fragen des Interpellanten:

1. Sieht der Stadtrat Schulkleidung als Chance einer bildungspolitischen Neuerung?

Der Stadtrat sieht die Chancen durchaus, die mit der Einführung einer Schulkleidung verbunden wären. Allerdings ist er eigentlich der falsche Adressat zur Beantwortung dieser Frage, zuständig ist in diesen Belangen auf städtischer Ebene der Stadtschulrat. Da der Schulreferent zwei Hüte auf hat und auch als Präsident des Stadtschulrates sprechen kann, interessiert ihn natürlich die Diskussion im Grossen Stadtrat. Er ist auch gerne bereit, die Ergebnisse dieser Diskussion in den Stadtschulrat einzubringen.

Erste bereits geführte Diskussionen im Stadtschulrat haben ergeben, dass die Meinungen zur Einführung einer Schulkleidung geteilt sind - einige der oben angeführten Punkte - ob positiv oder negativ - resultierten aus diesen Diskussionen.

2. Wäre der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat bereit, einen Versuch mit Schulkleidung an einzelnen Klassen zu machen (Freiwilligkeit Voraussetzung)?

Sollte sich aus der Diskussion ergeben, dass im Grossen Stadtrat eine mehrheitlich positive Haltung gegenüber der Einführung von Schulkleidung besteht, würde er sich einem freiwilligen Versuch sicher nicht verwehren. Er sähe die Möglichkeit, dass der Stadtschulrat das Gespräch mit betroffenen Eltern und Kindern und Jugendlichen sucht, um deren Meinung einzuholen. Dies in einem ersten Schritt in Schulen mit Elternrat und Schülerparlament.

3. Sieht der Stadtrat andere Projekte, welche Schülerinnen und Schüler als mündige und unabhängige Konsumentinnen und Konsumenten fördern würde?

Die Auseinandersetzung mit dem Konsumverhalten ist fester Bestandteil des Schaffhauser Lehrplanes, so heisst beispielsweise ein Themenbereich "Eigenes Kaufverhalten erkennen und hinterfragen". Als Inhalte dieses Themenbereichs finden sich Punkte wie "Budget", "Bedürfnisse", "Luxusbedürfnisse" "Rolle als Konsument/in", Inhalte also, welche die Sozialkompetenz fördern sollten.

Abschliessend stellen Stadtrat und Schulpräsident fest, dass das Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler als Ganzes betrachtet werden muss. Der Lehrplan legt die Rahmenbedingungen fest. Aufgabe des Schulrates und des Inspektors ist die Überwachung der Einhaltung.

Ob und mit welchen weiteren Massnahmen das Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler positiv beeinflusst werden kann, müsste eine vertiefte Diskussion im Stadtschulrat ergeben. Man müsste sich beispielsweise auch überlegen, ob ein grundsätzliches Natelverbot an den Schulen erwirkt werden könnte und ob mit weiteren Einschränkungen positive Auswirkungen auf das Konsumverhalten und allenfalls auch auf das Sozialverhalten zu erwarten wären.

Jedenfalls sind wir gespannt auf die (hoffentlich) folgende Diskussion. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass eine Diskussion im Rat gewünscht wird.

Martin Roost (OeBS, parteilos)

Votum

„Ich sehe mich heute Abend gezwungen, lieber Urs, einige Worte an dich zu richten, da deine Interpellation an unserem Mittagstisch sogar zu Tränen führte. Mit feuchten Augen fragte mich eines meiner Kinder, ob es wahr sei, dass wir im Grossen Stadtrat jetzt entscheiden, dass man in der Schule eine Uniform tragen müsse. Er werde nicht mehr in die Schule gehen, falls dies so sei, entgegnete mir mein Sohn ziemlich selbstsicher. Ich versuchte, ihn zu beruhigen und zu trösten, indem ich ihm erklärte, dass wir im Grossen Stadtrat nur über Schulkleidung diskutieren müssen oder dürfen und dass noch gar nichts entschieden sei. Ich versprach ihm aber, mich im Rat für ihn zu wehren.

Irgendwie bin ich irritiert beim Gedanken, meine Kinder in Zukunft in einer einheitlichen Kleidung in die Schule gehen zu sehen. Ich muss Ihnen auch zugestehen, dass ich persönlich im Moment überhaupt keinen Grund sehe, hier in Schaffhausen eine solche Schulkleidung einzuführen.

Hauptgrund, weshalb ich mich gegen eine solche Uniform wehre, ist, dass der Einführungsgrund vom falschen Ansatzpunkt ausgeht. Sozialer Ursprungsgedanke der Schuluniform war, Kindern, deren Eltern sich nur wenige oder praktisch keine Kleider leisten konnten, den Schulbesuch in einigermaßen anständigen Kleidern zu ermöglichen. Dies ist ein Grundbedürfnis. Heute sind wir so weit, dass nicht die Kleiderarmut, sondern der Kleiderwohlstand zu diesen Diskussionen führt.

Ich möchte das Thema nicht banalisieren, doch wir sprechen ganz eindeutig von einem Luxusproblem. Als ich in die Oberstufe zur Schule ging, hatten die einen Schüler Velos, die anderen ein Töffli. Ich fand dies damals gemein, habe aber deswegen auch nicht meine Mitschüler terrorisiert. Es geht um eine Werthaltung, die wir hier thematisieren sollten.

Bei der heutigen Diskussion um Schulkleidung handelt es sich nicht um ein Grundbedürfnis, sondern um Luxus, Marken und materielle Äusserlichkeiten. Aus diesem Grund wehre ich mich gegen Tendenzen, gegenüber dem Luxusdenken zu kapitulieren.

Ich bin überzeugt, dass die Einführung einer Schuluniform heute eine gesellschaftliche Symptombekämpfung wäre, und die Ursachen der Probleme nur kaschiert werden. Es würde mich sehr freuen, wenn die Kinder in Zukunft mehr Vogelarten als Kleidermarken kennen würden.“

Theres Brambrink (FDP)

Votum

„Schuluniformen hatten alle kommunistischen Länder - ich habe einige Zeit in einem kommunistischen Land gewohnt - nach dem letzten Weltkrieg, mit dem Argument: „Alle sind gleich und sollen gleich aussehen“. Auch ich hatte als Kind eine Schulkleidung. Die sozialen Unterschiede konnten deswegen nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Pflege solcher Kleider wird nicht in allen Haushaltungen gleich ausfallen. Und schon haben wir ein anderes Problem des sozialen Unterschiedes, welcher noch härter ausfallen wird, weil er familiär dingfest zu machen ist.

Zum Argument Modeklamotten wären das Problem möchte ich Folgendes erwähnen:

Wie ich in einem Bericht im Radio hörte, soll die Basler Leonhard-Schule 2 Modedesigner beauftragt haben, ihre Schulkleider zu entwerfen. Ein Set dieser Schulkleider kommt auf ca. Fr. 1'000.-- zu stehen, was auch nicht sehr günstig ist. Am meisten hat mich die Äusserung eines Jugendlichen amüsiert: "Wir wollen natürlich nicht alle die gleiche Farbe Schulkleidung". Also doch Individualisten. Wie auch die heutige Jugend der ehemals kommunistischen Staaten, die sich ebenso individuell anziehen wollen.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu unseren Schülerinnen und Schülern: Glauben Sie nicht auch, dass nach Schulschluss trotzdem "weitergedieselt" wird?"

Walter Hotz (FDP)

Votum

„Vor einigen Jahren betitelte der damalige oberste Chef der SP-Schweiz, Bodenmann, die Schweizerarmee abschätzig als „Trachtenverein“. Immerhin eine Institution, die seit Jahrzehnten eine einheitliche Kleidung trägt.

Mit dieser Bemerkung verletzte Bodenmann im Namen der SP nicht nur die Armee, sondern alle Institutionen, die eine einheitliche Kleidung tragen und damit ihre Verbundenheit zeigen. Ich denke zum Beispiel an die Pfadfinder, an die Polizei, die Heilsarmee und weitere.

Die Zeiten und die Moral ändern sich. Offenbar ist dem Interpellanten und seinen sechs Mitunterzeichnern jedes Mittel recht, Hauptsache, man bleibt im Gespräch. Dem Rest der Fraktionsmitglieder (wenn ich richtig gezählt habe, fehlen 10 Namen) war es vermutlich gerade deshalb nicht so wohl, ihre Unterschrift zu dieser Interpellation zu geben.

Gehen wir einmal davon aus, dass es dem Interpellanten und Mitunterzeichner wirklich und ernsthaft um die heute Abend zu diskutierende Problematik geht.

Wäre es eine Chance, wenn unsere Schulklassen eine einheitliche Schulkleidung tragen würden? Würde eine einheitliche Schulkleidung das Arbeitsklima, das Lernklima, das Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler positiv beeinflussen? Ich glaube nicht, denn eine einheitliche Kleidung hat in unserer Region keine Tradition. Es wäre wieder ein Schritt in die Richtung, die Verantwortung von den Eltern über ihre Kinder an die Schule zu verlagern.

Wenn Sie wollen, dass dieser Markenzwang, Handywahn, Zigaretten- und Alkoholkonsum an den Schulen eingeschränkt werden soll, so stärken Sie wie in alten Zeiten wieder die Position der Lehrerschaft. Unterstützen Sie diese, wenn Gegenmassnahmen ergriffen werden sollen. Genehmigen Sie der Lehrerschaft Schulverlegungen. Solche und ähnliche Projekte fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl. Unterstützen Sie Sportvereine, Pfadfinder, Verkehrskadetten und Musikvereine. Unterstützen Sie die Kultur. Gerade auch im Sport lernen junge Menschen die Bedeutung von Niederlage und Sieg kennen. An solchen Veranstaltungen spielt es überhaupt keine Rolle, ob jemand ein Lacoste oder ein Puma Leibchen trägt. Aber nehmen Sie auch die Eltern in die Erziehung ihrer Kinder wieder vermehrt in Pflicht.

Hören Sie endlich auf, in Erziehungsfragen immer wieder den Staat in Pflicht zu nehmen. Meiner Überzeugung nach müssen wir uns bemühen, möglichst rasch an frühere Werte anzuknüpfen. „

Erwin Sutter (EDU)**Votum**

”Ich kann nicht verhehlen, einige Sympathie für eine einheitliche Schulkleidung zu haben. Die Idee ist verlockend, etwas gegen den Gruppendruck unter Jugendlichen tun zu können, der sie zwingt, sich allen Modetrends anpassen zu müssen, um nicht ausgegrenzt und als von gestern angesehen zu werden. Es hat etwas Positives an sich, in der Freizeit nicht immer den neusten teureren Kleidern nachrennen zu müssen, nur um ja nicht geoutet zu werden.

Einheitliche Schulkleidung, also eine Art Uniform, soll die Gemeinschaft gleichartig erscheinen lassen und dazu beitragen, dass diese ohne soziale Unterschiede gelebt werden kann. Uniformen kaschieren persönliche Differenzen, zumindest auf den ersten Blick und nivellieren psychologisch auf gleiche Stufe. Individualität soll nicht in den Vordergrund gerückt werden, sondern sich der Gemeinschaft unterordnen und zu dessen Stärkung beitragen. Schuluniformen haben in verschiedenen Staaten durchaus Tradition. Insbesondere in solchen mit grossen sozialen Unterschieden machen sie auch Sinn. Aber es gibt auch das andere Bild: In China hat Mao Tse-tung zur Unterdrückung aller Individualität Uniformierung bis zum Exzess betrieben und alle Chinesen in gleichartige blaue Kleider gesteckt. Alle sollten gleich sein, nur ja keine hierarchischen Unterschiede. Damit wurde der Drang des Menschen nach Einzigartigkeit unterdrückt.

Trotzdem: Einheitliche Schulkleidung ist sicher ein Mittel, Integration zu erleichtern und soziale Unterschiede zu minimieren. Allerdings betrifft es nur äussere Formen, der Schüler wird in seinem inneren Wesen nicht verändert. Martin Roost hat dies auch richtig erkannt. Junge Menschen brauchen vielmehr eine Stärkung ihrer Persönlichkeit und ihres Selbstbewusstseins, also von Eigenschaften, die gerade in der Pubertätsphase gefestigt werden sollen. Den Jungen gilt es klar zu machen, dass sie nicht wegen ihrer modischen Kleidung akzeptiert sind, sondern weil sie einzigartige, von Gott geschaffene Individuen sind und vor allem, dass sie um ihrer selbst Willen geliebt werden. Für die Jungen gibt es keine wichtigere Botschaft als diese. Würde dies an den Schulen gelehrt und vorgelebt, würde sich manches Problem von alleine lösen. Die Abschaffung des Religionsunterrichtes und die zunehmende Säkularisierung des Schulstoffes, wie sie im neuen Schulgesetz vorgesehen ist, sind leider kontraproduktiv.

Einheitliche Schulkleider konnten sich in der Schweiz bisher nie durchsetzen. Bei uns gibt es dafür einfach keine Tradition. Ich glaube, dass wir in dieser Beziehung ein Sonderfall sind und Vergleiche mit deutschen Versuchen nicht unbedingt aussagekräftig sind. Wenn es in der Schweiz diesbezüglich eine Tradition gäbe, dann eher eine Betonung der Individualität. Aus diesem Grund kann ich mir eine erfolgreiche Einführung von Schuluniformen hierzulande nicht vorstellen. Wir werden wahrscheinlich nach der Auswertung des Versuches in Basel mehr wissen, wie die Akzeptanz der betroffenen Kreise sein wird. Wir müssen ja nicht die Ersten sein, die auf diese Welle aufspringen. “

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

”Die Interpellation kommt sicher genau richtig und ist vor allem sehr pressewirksam. Ich möchte dem Interpellanten sagen, dass ich in meinem Manuskript kein einziges Mal Uniform geschrieben habe.

Die Interpellation rennt auch zum Teil in unserer Fraktion offene Türen ein. Diesem enormen Druck, den die Mode auf unsere Kinder ausübt, müssen wir etwas

entgegenzusetzen. Eine einheitliche Schulkleidung könnte das heutige Modediktat, dem unsere Kinder ausgesetzt sind, etwas entlasten. Betrachten Sie doch einmal in der Vergangenheit, warum die Traditionen einer Einheitskleidung entstanden sind.

Auf dem Land, wo früher sicher nicht die begütertsten Menschen gelebt haben, ist die Tradition der einheitlichen Kleidung entstanden. Die Landbevölkerung wollte der übertriebenen Mode des Adels etwas entgegenzusetzen. Und so ist sie entstanden, die Trachtenmode der Landbevölkerung. Man hat sogar eine Arbeits- und eine Sonntagstracht kreiert und als kantonales oder regionales Erkennungszeichen selbstbewusst getragen.

Heute ist die Modekleidung wieder zur eigentlichen Armutsfalle geworden. Es gibt Kleidungsstücke, die nur eines Schriftzuges oder eines zusätzlichen Streifens wegen das Doppelte oder Dreifache eines genau gleichen Artikels kosten. Unsere Kids sind aber mittels Werbung so darauf angesetzt worden, dass sie unbedingt teurere Modestücke haben müssen. Dass unsere Kinder für die Geschäfte der Erwachsenen ständig missbraucht werden, stört mich enorm. Wir haben eine Telekommunikationsbranche und eine Modebranche, die das Hauptgeschäft mit unseren Kindern generiert. Wir Eltern werden nicht gefragt. Der Staat muss Kurse für den Umgang mit dem Haushaltsgeld durchführen, damit wir nicht in die Falle äusserst fragwürdiger Geschäftsmethoden geraten und sich damit ganze Familien ruinieren. Die Werbung für die in Mode gekommenen Artikel ist aber leider immer einen Schritt voraus.

Nun zur Schulkleidung: Im Grundsatz sicher eine prüfenswerte Idee. Sicher aber nicht so, wie in Basel, wo sich die Mode bereits diesem Trend angenommen hat und eine Kleidung kreiert, die Hunderte von Franken kostet. Natürlich hat man entdeckt, dass der Staat dann einen Teil der Kosten übernehmen könnte. So stelle ich mir eine Schulkleidung nicht vor. Schauen Sie sich einmal um auf der Welt. Weder die Engländer, noch die Japaner passen sich in ihrer Schulkleidung irgendeiner Mode an. Seit Jahrzehnten werden dort die gleichen Farben und die gleichen Materialien für diese Kleidung verwendet.

Warum wollen wir nicht wieder die Pflicht einführen, dass die Mädchen eine Schürze zu tragen haben? Für die Knaben wäre ein Arbeitsmantel, wie er dann auch an vielen Orten in der Lehre oder im Beruf getragen werden muss, sicher auch denkbar. Aber bitte keine Modeschauen und kein Presseauftritt in unseren Schulhäusern für die Einführung einer Schulkleidung. Sonst wird diese Kleidung wieder zum unerwünschten Modeartikel. “

Christian Hablützel (SP)

Votum

”Ich bin dankbar, dass wir diese Interpellation diskutieren können, denn Schule steht im Brennpunkt, und ich möchte daher gerne die “Schürzenvorlage” aufnehmen. Ich bin zu einer Zeit aufgewachsen, wo die Mädchen noch nach Hause geschickt wurden, wenn sie ohne Schürze in der Schule erschienen, was sie ohne Murren getan und wohl auch noch Schelte zuhause dafür bekommen haben. Mittlerweile haben sich die Zeiten geändert.

Bezüglich dieser Schürzen möchte ich etwas sagen, das mich seit längerer Zeit bedrückt. Im Kanton St. Gallen beispielsweise sehen wir auf der seinen Seite in den Schulhäusern und auch in den Ausbildungsinstitutionen nur noch Lehrerinnen, weil wir diesem Beruf derart viel Prestige weggenommen haben, dass sich Männer kaum

noch in die Seminarien anmelden. Auf der anderen Seite hat der Rechtsdienst des Schuldepartements St. Gallen die Aufgabe, jeweils während der Sommerferien 5-10 (männliche) Juristen einzustellen, welche die Rekurse - und jetzt hören Sie bitte gut zu - der Anwälte der Schülerinnen und Schüler der Primarschule bezüglich der Noten bearbeiten. Wir haben also das Phänomen, dass die männlichen Anwälte die weibliche Lehrerschaft "schikanieren". Ich sage dies explizit und in aller Deutlichkeit, dass wir die Schulen und vor allem die exponierten Lehrerinnen alleine lassen. Selbstverständlich ist es eine verzweifelte Diskussion, über Schuluniformen Probleme lösen zu wollen.

Erlauben Sie mir ein Zitat von Ruth Cohn, einer sehr erfolgreichen international anerkannten Gruppeninteraktionsspezialistin: "Wenn du dem Inhalt nicht mehr gewachsen bist, halte dich wenigstens an die Struktur und an die Form". Vielleicht passt hierzu die Uniform wegen ihrer einheitlichen Form.

Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob wir es an den Schulen verpasst haben, bestimmte Formen wiederherzustellen oder zu halten, welche dem Lernen förderlich sind. Schulen sind nämlich keine Supermärkte der Bildung, sondern ein wesentlicher Teil kulturspezifischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Als Organisation verfolgt sie nicht den Zweck, Konsumenten und Konsumentinnen beliebig zu befriedigen, sondern die Beteiligten zu bilden und dies gemeinsam zu erreichen. In Bezug auf die Uniform denke ich, dass es - wie in jeder anderen Organisation auch - angemessen wäre, eine gemeinsame Erscheinung einzufordern, wenn es darum geht, auch ein gemeinsam angestrebtes Ziel zu erreichen und sich danach auszurichten.

Es wäre mir ein Anliegen, darüber zu diskutieren, wie es uns gelingen kann, der Schule mehr Unterstützung zu geben und durchzusetzen, was einem lernförderlichen Klima gut tut, nämlich das Gewaltmonopol, das wir netterweise mit dem Abschaffen der Prügelstrafe den Schülerinnen und Schülern überlassen haben, erneut an die Schule oder an die Erwachsenenwelt zurückzugeben. Das heisst, dass wir uns darüber unterhalten müssen, ob es nicht den verantwortlichen Personen in der Schule ermöglicht werden soll, zu intervenieren, ohne dass die Eltern mit Hilfe eines Anwaltes die Entscheidungen in Frage stellen. Hier liegen die zentralen Fragestellungen, die Diskussion über eine Schulkleidung wäre ein Anfang einer solchen Diskussion. "

Rebekka Plüss (AL)

Votum

"Zugegeben, ich bin zusammengezuckt, als Urs Tanner seine Interpellation vorstellte. Nach reiflichem Nachdenken kann ich die Forderung nach einer einheitlichen Kleidung verstehen. Der Druck unter den Jugendlichen nimmt stetig zu, möglichst hip, chic und angesagt zu sein. Dies ist mir als Lehrperson sehr wohl bewusst. Dass Markenkleider bei den Jugendlichen einen zum Teil grossen Stellenwert haben und darüber entscheidet, ob jemand dazu oder nicht dazu gehört, gibt auch mir zu denken. Nur, ändern wir diesen Zustand mit der Einführung einer einheitlichen Schulkleidung?"

Ein Trend lässt sich meiner Ansicht nach nicht durch Regeln brechen, sondern nur durch Bewusstmachung. Wenn es nicht Markenkleider sind, dann ist es etwas anderes, was über Coolness oder nicht entscheidet. Auch Handys, Computer, Play Station und vor allem jetzt aktuell Fussballbildli können gruppenspezifisch genauso bedeutend werden. Ausserdem ist im Jugendalter die Zeit nach der Schule viel wichtiger, und dort trägt sowieso jeder, was er will.

Ich bin überzeugt und kann behaupten, eine gewisse Erfahrung zu haben, dass Schülerinnen und Schüler ihr Handeln und Gruppenverhalten mehr hinterfragen, als wir annehmen. Themen wie Gruppendruck oder Konsumverhalten müssen unbedingt in der Schule thematisiert werden und stehen auch auf dem Lehrplan. Ich bin sicher, dass die Jugendlichen gut darauf ansprechen. Sie können ihr eigenes Verhalten meist sehr gut reflektieren und sind vor allem in einem Alter, in dem sie sich selbst kennen lernen und solche Themen sind dann extrem brisant und interessant. Im Übrigen ist es genau in dieser Lebensphase enorm wichtig für die Entwicklung, seine Individualität ausleben zu können, und dies geschieht oft auch über die Kleidung.

Hinsehen und Ansprechen, die Anliegen, Bedürfnisse und Ängste der Jugendlichen ernst nehmen, löst meiner Ansicht nach schon viele disziplinarische Probleme. Klar ist die einheitliche Schulkleidung eine Massnahme, die der Klassendisziplin förderlich sein kann. Aber es ist nur eine von vielen Möglichkeiten, den Problemen zu begegnen. Es ist eine Massnahme, die das Problem aber auch wegschiebt oder verschiebt, und es ist dadurch eine Massnahme, bei der die Schülerinnen und Schüler nichts daraus lernen.

Mit einer einheitlichen Schulkleidung sind die Schülerinnen und Schüler vielleicht für das Militär gewappnet, aber sicher nicht für das Leben. Denn dort begegnen sie immer wieder ähnlichen Situationen, mit denen sie lernen müssen, umzugehen. Sei dies zum Beispiel der neue Ferrari vom Nachbarn oder gesellschaftliche Gepflogenheiten.

Zusammenfassend müssen meiner Ansicht nach die Schülerinnen und Schüler vor allem lernen, ihr Konsumverhalten und gruppendynamische Prozesse zu hinterfragen. Eigene Wertvorstellungen klären, ist ein grosses Ziel, welches in der Oberstufe immer wieder erreicht werden sollte. Dies heisst vor allem, sich eine eigene Meinung bilden, diese vertreten und begründen zu können. Wir leben in einer demokratischen Staatsform, die unser Leben sehr beeinflusst. Sie hat viel Gutes, aber sie birgt auch Schwierigkeiten. Individualität ist gefragt. Es ist nicht immer einfach, sich zu allem eine eigene Meinung zu machen. Als Lehrerin sehe ich es als meine Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler auf ihr zukünftiges Leben in unserer Gesellschaft vorzubereiten und nicht durch Vereinheitlichung der Klassen mich vor möglichen Konflikten zu verstecken.

Meine Schwester besucht die 3. Sekundarklasse. Als ich sie darauf ansprach, was sie von einer einheitlichen Schulkleidung halten würde, sagte sie, das wäre ihr absolut egal, Kleidung sei bei ihnen in der Klasse sowieso kein Thema. Auch so etwas gibt es also. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Ich möchte weder positiv, noch negativ zur Schulkleidung Stellung nehmen. Aber irgendjemand muss doch diese Kleider tragen, und dies sind die Schülerinnen und Schüler, die eigentlich gar nicht gefragt wurden. Ich habe mir erlaubt, in der Sekundarschule Buchthalen eine Umfrage zu machen. Ruedi Flubacher hat dies in der Sekundarschule am Bach gemacht. Sie werden überrascht sein, die 1. Sekundarklasse lehnt die Schulkleidung ab, weil das Modebewusstsein noch nicht stark entwickelt zu sein scheint. Beide 2. Sekundarklassen in Buchthalen haben sich mit grossem Mehr und die Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse praktisch einstimmig für einen Versuch zur Verfügung gestellt. Dieser Versuch könnte also - wie Urs Tanner vorschlägt - in Buchthalen gestartet werden. “

Urs Fürer (SP)**Votum**

"Auch ich habe zuhause am Familientisch nachgefragt und kann Ihnen die Meinung meiner 3 Kinder, davon 2 in der Oberstufe, kommentieren. Sie können sich durchaus vorstellen, an einem Versuch teilzunehmen. Der Bemerkung von Martin Roost, es sei ein Luxusproblem und kein soziales, möchte ich entgegenhalten, dass es sehr wohl ein Sozialproblem ist, wenn man den Luxus nicht mehr hinterher rennen kann. Ich weiss von ganzen Gruppen, die am Samstag nach Weil am Rhein pilgern, um sich dort mit Markenkleidern einzudecken und habe auch selbst erfahren, wie Lehrerinnen der Oberstufe Kleidervorschriften erlassen haben, welche ich als erster Vater kritisiert habe. Es ist sehr wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, einzugreifen. Ich glaube an die von Urs Tanner präsentierten Argumente, um die Lehrkräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen und bin wie Urs Tanner kein Freund von einheitlicher Bekleidung. Als Kind gehörte ich zum ersten Jahrgang, wo zur grossen Freude für die Mädchen keine Schürzenpflicht mehr herrschte.

Wenn schon eine Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler gegenüber einem Versuch von einheitlicher Schulbekleidung besteht, sollte dieser auch durchgeführt werden. "

Urs Tanner (SP)**Schlussvotum**

"Danke für die rege Teilnahme an der Diskussion. Ich sage jetzt etwas, was ich zum ersten und auch gleich zum letzten Mal sagen werde, Sie haben alle Recht, weil es keine gepachtete Wahrheit in diesem Thema gibt. Die Ausführungen von Thomas Hauser haben mich wirklich beruhigt.

Es besteht - als Antwort auf die Frage von SR Urs Hunziker - absolut kein Auftrag und kein Bedürfnis seitens des Parlamentes, etwas an die Hand zu nehmen. Es sollen Projekte entstehen, Diskussionen in den Schulhäusern geführt werden und vielleicht schläft die ganze Thematik auch wieder ein.

Das Thema ist meiner Meinung nach trotzdem wichtig. Viele haben heute Abend aus eigener Erfahrung berichtet, einige sind nicht auf meine Argumente eingegangen und wenige haben sich positiv geäussert. Der Stadtschulrat muss somit nichts unternehmen. Vielleicht kommt von den Kindern selbst eine Idee, weil sie neuen Ansätzen gegenüber offener sind wie wir "Grufties über 25". "

Traktandum 4**Motion Thomas Hauser (FDP): Abschaffung der Kleinen
Anfrage im Grossen Stadtrat****Thomas Hauser (FDP)****Begründung**

"Seit rund sieben Jahren kennen wir im Grossen Stadtrat die Kleine Anfrage. In vielen Jahren, es sind weit über hundert, funktionierte das Stadtparlament aber ohne dieses Frageinstrument. Es ist also an der Zeit, einmal nachzufragen, ob diese neue Einrichtung im Vergleich zu vorher etwas Entscheidendes oder Bestimmendes gebracht hat, oder nicht und welche Schlüsse man aus den Erkenntnissen ziehen kann.

Vorausschicken muss man dabei, dass das Kantonsparlament die Kleine Anfrage seit eh und je kennt. Dort blieben die Kleinen Anfragen, so, wie ich es in den achtziger Jahren erlebt habe, Kleine Anfragen. Eine kurze Frage wird kurz, meist auf einer Seite, mit meist grosser Schrift, beantwortet. Auf Grund eines Vorstosses von

Gertrud Walch hielt dann diese Kleine Anfrage Einzug in der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes.

Dies mit den folgenden Begründungen:

Der Grosse Stadtrat wird weniger Interpellationen zu bearbeiten haben und die Kleinen Anfragen können schneller und mit weit weniger Aufwand für die Verwaltung beantwortet werden.

Was ist in Tat und Wahrheit in diesen sieben Jahren passiert?

Die Zahl der Interpellationen ist zwar leicht zurückgegangen, dafür stieg die Zahl der Kleinen Anfragen von Jahr zu Jahr sprunghaft an. Im letzten Jahr wurden 37 Kleine Anfragen, praktisch pro Ratswoche eine, eingereicht. Dabei ist es nicht bei Kleinen Anfragen geblieben. Immer mehr entwickelten sich die Kleinen Anfragen zu ganzen Fragenkatalogen und rufen statt nach einseitigen (also eine Seite Papier) Antworten, nach mehrseitigen und umfassenden Abhandlungen. Das Abfassen dieser Abhandlungen verlangt von der Verwaltung heute weit mehr Aufwand, als die Beantwortung von Interpellationen in der Zeit, als man die Kleine Anfrage noch nicht kannte.

Man kann dies interessant und gut finden. Wenn man sich aber überlegt, was die Kleinen Anfragen bringen, bewirken oder verändern, muss man - oder wenigstens ich - erkennen, dass sie nichts, aber auch rein gar nichts bewirken. Selbst wichtige Fragen, die von grösserem Interesse sein könnten, können hier im Ratssaal nicht besprochen oder diskutiert werden, denn es ist ja nur ein einmaliges Frag- und Antwortspiel zwischen einem Mitglied des Grossen Stadtrates und der Verwaltung.

Dieser Umstand führt zur unschönen Entwicklung der persönlichen Erklärungen. Wenn man mit der Antwort des Stadtrates nicht zufrieden ist, gibt man an der nächsten Sitzung eine persönliche Erklärung ab, obwohl dies in der Geschäftsordnung nirgends vorgegeben ist. Die neueste Entwicklung geht in die Richtung, dass Ratsmitglieder auf persönliche Erklärungen auch noch eine persönliche Erklärung abgeben. Etwas, das die Geschäftsordnung schon gar nicht vorsieht.

Wenn man Fragen hat, die von allgemeinem Interesse sind und die nach umfassenden richtungsweisenden Antworten und Entgegnungen rufen, kann man eine Interpellation einreichen und eine entsprechend meinungsbildende Diskussion im Rat verlangen. Alles andere lässt sich in bilateralen Gesprächen unter dem Motto „Sägs doch schnell per Telefon“ erledigen. Nur findet man mit einem Telefongespräch keine Beachtung oder namentliche Erwähnung in den Medien und die Ausformulierung einer Interpellation mit Abfassen der Begründung und der Vorbereitung der Diskussion ist weitaus zeit- und arbeitsaufwändiger.

So kann man die Kleine Anfrage mit der Mengenlehre treffend beschreiben. Die Kleine Anfrage K ist somit die Schnittmenge der Menge I (zeit- und arbeitsaufwändige Interpellation) und der Menge T (nicht medienwirksame Telefongespräche). Dabei setzt sich die Schnittmenge K aus den Elementen kleiner Aufwand für den Fragesteller, grosse Medienwirksamkeit für den Fragesteller und vor allem grosser Aufwand für Recherchieren und Beantworten in der Verwaltung zusammen.

Dabei resultiert am Schluss aber meistens, nein immer, eine leere Menge.

Wenn wir hier in diesem Rat in regelmässigen Abständen die Verwaltung zu mehr Effizienz und schlankeren kostengünstigeren Strukturen aufrufen oder auffordern sowie gleichzeitig 37 Kleine Anfragen mit grossen Fragenkatalogen einreichen, die mehrseitige und umfassende Beantwortungen verlangen, passt etwas nicht zusammen. So passte auch der Leserbrief von Herrn Mank von „sh-fit“ in den Schaffhauser Nachrichten nicht: Kleine Anfragen beibehalten und gleichzeitig der Wunsch nach nur noch drei Stadträten äussern, das ist doch leicht schizophr.

Ich fasse zusammen: Über 100 Jahre funktionierte dieser Rat ohne das Instrument Kleine Anfrage bestens. Seit sieben Jahren kennt man nun diese Anfragen mit jährlich enorm steigenden Zuwachsraten. Gebracht oder bewirkt haben sie nichts, weil niemand dazu Stellung nehmen kann, ausser man reiche eine Interpellation nach, was man aber von Anfang an machen kann. Ausser einem Mehraufwand für die Verwaltung und ungeliebten, in der Geschäftsordnung nicht vorgesehenen, persönlichen Erklärungen bringen Kleine Anfragen also nichts.

Ich habe am Anfang gesagt, dass man nach sieben Jahren eine Bilanz machen und Schlüsse daraus ziehen darf und muss. Meine gemachte Bilanz ist negativ und mein Schluss lautet: Abschaffung der Kleinen Anfrage.

Damit stutzen wir den Verwaltungsaufwand wieder auf ein vernünftiges Mass, denn wenn von 37 Kleinen Anfragen 20% als Interpellationen eingereicht werden, ist das viel. So bitte ich Sie, auf Grund meiner jetzt abgegebenen Begründung und der Kurzbegründung im Motionstext, diesen Vorstoss zu unterstützen. Für Fragen von allgemeinem Interesse gibt es die Interpellation und für andere Auskünfte das persönliche Gespräch.

Entlasten Sie den Stadtrat und die Verwaltung vor unnötiger Arbeit. Unterstützen Sie meine Motion. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme

SR Veronika Heller nimmt stellvertretend für den abwesenden Stadtpräsidenten Marcel Wenger die Stellungnahme zu diesem Traktandum vor.

”Ich danke dem Motionär für seinen geschichtlichen Rückblick, den ich mir somit ersparen kann.

Der Stadtpräsident hat damals im Auftrag des Stadtrates zur Motion Stellung genommen und erklärt: “Die geltende Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates vom 13.12.1983 geht nicht auf eine Vorlage des Stadtrates zurück”.

Die Ausgestaltung des parlamentarischen Verfahrens und der parlamentarischen Instrumente wurde bereits damals als eine ureigenste Aufgabe des Grossen Stadtrates betrachtet. Demgemäss hat der Grosse Stadtrat anschliessend das Büro mit der Ausarbeitung einer kleinen Vorlage über die Einführung der Kleinen Anfrage beauftragt. Mit der Vorlage vom 26. Januar 1999 wurde die Kleine Anfrage unter Paragraph 56 a eingeführt.

Seither hat sich die Kleine Anfrage zum recht rege benutzten Informations- und Kommunikationsinstrument gemausert. Die Bearbeitungszahlen präsentieren sich

wie folgt:

1999: 11
 2000: 19
 2001: 20
 2002: 18
 2003: 26
 2004: 20
 2005: 37

Der Stadtrat verkennt nicht, dass eine erhebliche Mehrbelastung mit der Einführung dieses Instrumentes auf die Verwaltung und den SR zugekommen ist. Insbesondere die Ausdehnung der Kleinen Anfrage auf "Grössere Anfragen" mit ausgedehntem Begründungsteil und Kommentaren der Anfragenden hat zu dieser Mehrbelastung beigetragen.

Der Stadtrat hat sich deshalb im Sinne einer Massnahme für mehr Effizienz entschieden, kürzere Antworten zu erteilen. Er wertet die Kleine Anfrage aus seiner Sicht als nützliches Informationsgefäss, erachtet aber die in der letzten Zeit beobachteten Ausdehnungsversuche über die Anzahl der Fragen oder über den ausgedehnten Begründungs- und Kommentarteil als wenig geeignet für dieses Instrument. Die Hoffnung, dass die Interpellationsanzahl zurückgehen würde, hat sich auch nicht erfüllt.

Ob der Grosse Stadtrat auf dieses Instrument verzichten möchte, will der Stadtrat getreu seiner Praxis der Neutralität in Fragen des Parlamentsrechtes aber dem Grossen Stadtrat überlassen. Im Zug der geplanten Parlamentsreform im Zusammenhang mit neuen parlamentarischen Instrumenten könnte man durchaus über eine Straffung klassischer Formen diskutieren. Ob dies bereits zum heutigen Zeitpunkt angebracht ist, das muss der Grosse Stadtrat selbst entscheiden. "

Ernst Spengler (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Um es gleich vorweg zu nehmen, die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird diese Motion nicht unterstützen. Das Instrument der Kleinen Anfrage ist an und für sich ein gutes. Das Problem ist nur der Missbrauch.

Man hat manchmal den Eindruck, jede Schnapsidee sei gut für eine Kleine Anfrage. Dazu müsste Thomas Hauser vielleicht in seiner Fraktion Klartext sprechen. Es hat sich die Unsitte eingespielt, dass man zur Antwort des Stadtrates eine langatmige persönliche Erklärung abgibt, wenn man meint, in der Antwort sei irgendein Haar in der Suppe zu finden.

Es liegt an uns, hier Korrekturen anzubringen und der Kleinen Anfrage den Platz einzuräumen, der ihr gehört. Wenn wir heute aus Mangel an richtigem Gebrauch diese parlamentarische Möglichkeit abschaffen, ist das ein Armutszeugnis für diesen Rat. "

Christoph Schlatter (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"An dieser Stelle möchte ich Ihnen die Haltung der SP/AL-Fraktion zur Motion von Thomas Hauser zur Abschaffung der Kleinen Anfrage bekannt geben: Obwohl

unsere Fraktion dem Anliegen des Motionärs ein gewisses Verständnis entgegenbringt, insbesondere was die oftmals unbefriedigenden Antworten auf die Kleinen Anfragen angeht und den Umstand, dass auf diese nicht unmittelbar und adäquat reagiert werden kann, beziehungsweise den Kleinen Anfragen schon beinahe stereotyp eine persönliche Erklärung folgt, spricht sich unsere Fraktion gegen eine Überweisung der Motion aus.

Der Motionär hat das Problem richtig erkannt: Es werden viele Kleine Anfragen eingereicht, die für die Verwaltung ein Mehr an Arbeit mit sich bringen, die teilweise telefonisch mit der entsprechenden Stadträtin oder dem entsprechenden Stadtrat geklärt werden könnten.

Die Antworten fallen für den Fragesteller oder die Fragestellerin oft unbefriedigend aus, was dazu beigetragen hat, dass die persönlichen Stellungnahmen im Parlament inflationär zugenommen haben. Die Forderung, ein demokratisches Instrument abzuschaffen, weil die persönlichen Voten im Rat zugenommen haben, wäre ein falsches Signal.

An dieser Stelle möchten wir an uns Ratsmitglieder appellieren, auch an diejenigen, die bei jeder Gelegenheit die Eigenverantwortung hoch halten, sich mit persönlichen Voten entsprechend zurückzuhalten. Oftmals gilt auch hier, dass weniger mehr wäre.

Wenn die Antworten auf eine Kleine Anfrage ungenügend ausgefallen sind, steht es dem Parlamentsmitglied frei, zu interpellieren. Es wäre jetzt aber falsch, daraus zu schliessen, dass die Interpellation das Instrument der Kleinen Anfrage ersetzen könnte. Die Kleine Anfrage dient als wichtiges Instrument, politische Themen zu lancieren, beziehungsweise zu einem Sachverhalt den Puls der Exekutive zu fühlen und daraus das weitere politische Vorgehen zu diskutieren.

Die SP/AL-Fraktion erachtet den Zeitpunkt, über die Abschaffung eines parlamentarischen Instrumentes vor der anstehenden Parlamentsreform zu diskutieren, als ungünstig. Wir werden uns im Rahmen der Parlamentsreform einer kritischen Betrachtung des Themas sicherlich nicht verschliessen. Den Motionären geht es auch um eine Arbeitsentlastung der Exekutive und der Angestellten der Stadtverwaltung. Weil sich die FDP für eine personelle Reduktion sowohl der Exekutivmitglieder als auch des Grossen Stadtrates einsetzt, entsteht der Verdacht, dass es sich bei dieser Entlastung um ein taktisches Manöver im Hinblick auf den Abstimmungskampf handeln könnte.

Sollten die Kleinen Anfragen abgeschafft werden, hätte die Exekutive, so die Argumentation der Ratsverkleinerer, weniger Arbeit, dies könnte sich dann auf einen Stadtrat, bestehend aus drei Mitgliedern, günstig auswirken.

Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere parlamentarischen Instrumente nicht zugunsten eines verkleinerten Stadtrates anpassen dürfen, sondern wir müssen über die Instrumente verfügen, die es uns erlauben, eine seriöse Politik zu betreiben. Anhand dieser Überlegungen wird die SP/AL-Fraktion die Überweisung der Motion einstimmig ablehnen und empfiehlt Ihnen dasselbe Vorgehen. “

Lotti Winzeler (OeBS)

Votum

”Die Motion Thomas Hauser kann ich nicht unterstützen. Dieses politische Instrument darf nicht einfach ersatzlos gestrichen werden.

Sicher wurde und wird auch in Zukunft - je nach politischer Gesinnung - die Berechtigung der einen oder anderen Kleinen Anfrage von der rechten oder der linken Seite in Frage gestellt. Sicher gibt es Momente, da könnte eine Kleine Anfrage eingespart werden, wenn das Gespräch mit der betreffende Verwaltungsabteilung gesucht würde. Dies würde der entsprechenden Abteilung viel Zeit sparen, die sie anderweitig nutzen könnte. Andererseits hätte oder könnte ein Thema mehr Gewicht erhalten, wenn es statt einer Kleinen Anfrage als Interpellation eingereicht wird. Fragen könnten gestellt werden und eine Diskussion würde zur Meinungsbildung beitragen, wie wir es heute mit der Debatte über die Interpellation von Urs Tanner erfahren konnten.

Ich finde die Kleine Anfrage auch sehr geeignet, um als unerfahrener Politiker oder Politikerin erste Erfahrungen mit einem politischen Vorstoss zu machen. Doch der Hauptgrund, wieso ich die Motion ablehne, ist der Zeitpunkt. Im Rahmen der zukünftigen weiteren Umsetzung der nächsten Pilotphase WoV sind gleichzeitig auch neue parlamentarische Instrumente vorgesehen.

Wenn wir über die Abschaffung von parlamentarischen Instrumenten diskutieren wollen, sollten wir dies in einem Kontext tun und zuerst die vorgesehenen Instrumente einführen und diese auswerten. Erst dann kann über Vor- und Nachteile und über deren Berechtigung der parlamentarischen Instrumente geurteilt werden. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich werde Ihnen nun genau das Gegenteil von dem erzählen, was Lotti Winzeler in ihrem Votum erklärt hat. Aufgrund eines freundlichen Gespräches mit einem Herrn der SVP in der Wandelhalle hätte ich beinahe meine Chance verpasst, die Motion von Thomas Hauser zu unterstützen, endlich die Kleine Anfrage abzuschaffen.

Dies ist mir nämlich ein Anliegen. Wenn ich die Motion zur Unterschrift erhalten hätte, hätte ich diese wahrscheinlich unterzeichnet. Vielleicht wäre ich die einzige in meiner Fraktion gewesen. Aber ich will mich zuerst dazu bekennen, dass wir alle Sünder sind. Ich habe eine sehr grosse Sünde begangen, weil ich zu einer Kleinen Anfrage noch eine persönliche Erklärung nachgeschickt habe. Als Reaktion auf die Antwort meiner Kleinen Anfrage kam mir keine schlauere Idee, als diejenige, noch eine persönliche Erklärung abzugeben. Im Nachhinein habe ich festgestellt, dass andere diese schlaue Idee auch schon hatten.

Heute hätten wir die Chance, die Weichen zu stellen, um niemandem in Zukunft eine Falle zu stellen. Vor Einführung der Kleinen Anfragen haben wir in unserer Fraktion intensiv darüber diskutiert. Es wurde ein Zurückdrängen der Diskussionsmöglichkeit befürchtet und wenn Veronika Heller heute Abend sagt, die Kleine Anfrage sei immerhin ein wertvolles Kommunikationsinstrument, muss ich dem widersprechen, weil es eine absolute Einbahnstrasse darstellt.

Wenn der SR heute Abend aber nichts Definitives oder eine Empfehlung an den Grossen Stadtrat abgibt, weiss ich nicht, ob dies taktisch einfach klug oder eine Hoffnung dahinter steht, dass wir dann vielleicht die Motion doch noch erheblich erklären, anders, als wenn er uns eine Annahme empfehlen würde.

Der Stadtrat hat guten Grund, sich auf eine Annahme zu freuen. Jedenfalls habe ich in der kürzlichen Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 26 vom Raphaël Rohner,

Devestition von Baurechtsgrundstücken, Folgendes gelesen : “... weil kosten- und zeitaufwändige Berechnungen in Auftrag gegeben werden müssten, die in keinem Verhältnis zur Beantwortung einer Kleinen Anfrage stehen “, was natürlich nicht nur für die Beantwortung dieser konkreten Kleinen Anfrage Nr. 26 der Fall ist.

Ich reiche Thomas Hauser die Hand und hoffe darauf, dass Sie mich und ihn unterstützen werden. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

”Ich finde, die Kleinen Anfragen können ein nützliches Informationsinstrument für Fragen von allgemeinem Interesse sein, die am Telefon nicht einfach nur kurz beantwortet werden können, sondern für welche die Verwaltung doch etwas recherchieren muss. Vielleicht müsste man das Instrument der Kleinen Anfrage definieren, zum Beispiel nur wenige Fragen und ohne die Möglichkeiten für persönliche Erklärungen. Es bleibt die Frage, wer entscheidet? Der Stadtrat, der keine Mehrarbeit möchte oder das Parlament, das eine ausführliche und umfassende Antwort wünscht?

Ich unterstütze die Motion von Thomas Hauser nicht, finde aber die Diskussion über dieses Thema gut. “

Thomas Hauser (FDP)

Schusswort des Motionärs

”Ich danke allen Votanten für Ihre Wortmeldungen und habe überall etwas Positives für die Motion herausgehört. Ernst Spengler hat zwar gesagt, die SVP lehne die Motion ab. Aber die SVP ist jene Fraktion, die immer zum Sparen und zur Minderung des Verwaltungsaufwandes aufruft. Sie müsste also die Motion unterstützen. Aber es ist ja auch schwierig, Alt-Grossstadträtin Getrud Walch in den Rücken zu fallen.

Zu Christoph Schlatter muss ich sagen: So kreativ und so weitdenkend bin ich auch nicht, dass ich einen Zusammenhang zwischen meiner Motion und der Initiative “35 anstatt 50 Grossstadträte” sehen würde.

Zum Votum von Lotti Winzeler möchte ich erwähnen, dass ich ihre Bemerkung, die Kleine Anfrage als “Lehrblätz” für ungeübte Politikerinnen und Politiker zu sehen, überhaupt nicht als angebracht beurteile. Als Lehrer kann ich ja auch nicht eine mündliche Prüfung als “Lehrblätz” für eine zukünftige schriftliche durchführen.

Iren Eichenberger danke ich für ihre Unterstützen. Das Einbahnspiel der Kleinen Anfrage bringt, bewirkt und verändert vor allem nichts, ausser eben eine Antwort auf eine Fragestellung zu erhalten und eine Erwähnung in der Presse zu erwirken.

Ein klares Beispiel dafür, dass die übliche Kleine Anfrage nichts bringt, war die Kleine Anfrage meiner Frau bezüglich Zusammensetzung des Stadtschulrates. Nein, diese Kleine Anfrage konnte nicht einfach beantwortet werden. Es musste eine Motion von Rainer Schmidig nachgeschoben, eine Vorlage dem Grossen Stadtrat unterbreitet werden und zu guter Letzt folgt noch eine Volksabstimmung. Die Kleine Anfrage hat somit absolut nichts gebracht. Diese Kleine Anfrage konnte somit als Beschäftigungstherapie des Schulrates betrachtet werden.

Aus diesem Grund möchte ich Sie nochmals bitten, diese Motion zu unterstützen. Ich sehe zwar, wie die Mehrheiten stehen und dass ich mit meinem Vorstoss untergehen

werde, weil ich schon keine Mehrheit in meiner Fraktion erreichte. Aber wie Theresia Derksen bereits erwähnte, haben wir heute Abend wenigstens darüber diskutiert, und der Stadtrat hat seine Meinung dazu abgegeben.

Ich habe zwar weiterhin die Hoffnung, dass die Kleinen Anfragen in Zukunft so kurz wie im Kantonsrat werden und tatsächlich auf einer Seite Papier beantwortet werden können. Dafür kämpfe ich und bitte Sie um Ihre Unterstützung. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **26 : 12 Stimmen** als **nicht erheblich**.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN

”Vom Sekretariat des Stadtpräsidenten wurde ich gebeten, Sie daran zu erinnern, dass die Anmeldefrist für das Bach-Fest am 11. April 06 abläuft. Bis jetzt haben sich erst ungefähr 40% gemeldet.

An dieser Stelle möchte ich der Presse für ihre Berichterstattung danken. Aus der heutigen Sitzung gibt es bestimmt wieder einiges Amüsantes und auch nichts Uniformes zu berichten.

Ich habe folgende zwei *Rücktritte* aus dem GrSR per 30.04.2006 zu melden:

Die beiden scheidenden Kollegen zeigen sehr gegensätzliche Merkmale eines Politikers, etwas, was die Zusammensetzung dieses Rates ja auch interessant macht. Schon die äussere Erscheinung zeigt verschiedene Grössenordnungen, von einer Wertung möchte ich aber bewusst Abstand nehmen.

Auch ihre Auftritte sind sehr unterschiedlich, der eine Wort- und stimmungsgewaltig, der andere eher still und bescheiden. Der eine hielt es eher mit finanzpolitischen Fragen wie Gebühren, Tarifen und Investitionen, der andere eher mit Baufragen. Bezüglich Kommissionsarbeiten waren beide gleich engagiert, wenn man die jeweilige Dauer der Zugehörigkeit berücksichtigt.

Nun möchte ich Sie aber nicht länger auf die Folter spannen. Für diejenigen, die es noch nicht wissen : Es sind die Herren *Grossstadträte Christian Meister* und *Stephan Schlatter*, die beide per *Ende April 2006* aus dem Rat zurücktreten werden.

Rücktrittsschreiben von Christian Meister vom 22. März 2006:

”Die starke berufliche Beanspruchung ermöglicht es mir nicht mehr, mich im für meine persönlichen Ansprüche notwendigen Rahmen, verbunden mit der Wahrnehmung vieler Sitzungstermine, dem intensiven Aktenstudium und der genau so zeitaufwändigen Vorbereitung der politischen Themen im Grossen Stadtrat zu beschäftigen.

Aus diesem Grund habe ich mich bereits vor längerer Zeit dazu entschlossen, meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat zu erklären und den Termin in Absprache mit unserer Fraktion festgesetzt, nämlich die Behandlung meiner Motion zum Nachtbustarif noch abwartend.

Dies ist jetzt behandelt, und ich bitte Sie, von meinem Rücktritt per 30. April 2006 Kenntnis zu nehmen.

Ich bedanke mich bei allen Anwesenden für insgesamt spannende, oftmals langatmige, dafür manchmal auch heitere Stunden, die ich gemeinsam mit Ihnen verbringen durfte.

Ich wünsche allen Anwesenden eine gute Zukunft und insbesondere beste Gesundheit. “

Christian Meister gehörte seit dem 1. Januar 2001 dem Grossen Stadtrat an. Seit dem 01.01.05 war er Fraktionspräsident der SVP/JSVP/EDU-Fraktion. Er hat in dieser Zeit 4 Motionen eingereicht, keine Interpellation und 6 Kleine Anfragen und wirkte in 14 Spezialkommissionen mit.

Rücktrittsschreiben von Stephan Schlatter vom 29. März 2006:

”Da die berufliche Belastung in meinem Betrieb in der letzten Zeit stark zugenommen hat, habe ich mich, mit etwas Wehmut, entschlossen, meinen Rücktritt auf den 30. April 2006 aus dem Grossen Stadtrat zu geben. Die Mehrbelastung im Betrieb möchte ich nicht alleine meiner Familie zumuten, darum habe ich mich entschieden, in der Politik kürzer zu treten.

Es waren lehrreiche Jahre, und ich durfte viele gute Beziehungen pflegen. Auch habe ich einiges an Lebenserfahrung gewonnen.

Es ist richtig, dass die Geschäfte seriös beraten werden müssen, trotzdem wünschte ich mir manchmal eine etwas speditivere Beratung im Rat und nicht “nur” zwei bis drei Traktanden pro Sitzung.

Ich wünsche Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und natürlich auch meinem Nachfolger, viel Freude und faire Schlagabtausche im Rat. Und vergesst bei den Investitionen das Gewerbe nicht. “

Stephan Schlatter gehörte seit dem 1. Januar 1997 dem Grossen Stadtrat an, reichte 2 Interpellationen und 3 Kleine Anfragen ein und wirkte in 23 Spezialkommissionen mit.

Lieber Christian, lieber Stephan, für Euch beide hoffe ich, dass Ihr für Euer berufliches Engagement die nötige Zeit und Kraft findet und wünsche Euch viel Freude und Befriedigung bei Eurer künftigen Tätigkeit. Und denkt daran, sollte euch einmal das Heimweh nach dem Ratssaal plagen, auf der Tribüne sind Besucher immer willkommen.

Ich teile Ihnen noch mit, dass an der heutigen Stadtratssitzung als Nachfolgerin und Nachfolger Susanne Kobler und Paul Dill als gewählt erklärt worden sind. Obwohl sie noch 24 Stunden Bedenkfrist haben, gehe ich davon aus, dass sie an unserer nächsten Ratssitzung vom 9. Mai 2006 Einsitz nehmen werden.

Ich entlasse Sie hiermit in die hoffentlich erholsame Frühlingsferienzeit und hoffe, Sie erneut am 9. Mai 2006 begrüssen zu dürfen. „

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:34 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Die nächste Ratssitzung findet am 9. Mai 2006 statt.

Schaffhausen, 10. April 2006